

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 64

März
I/2014

DIE LINKE.



Bundesarchiv, Bild 183-10004-0301
Foto: Müller 14. Mai 1979

Originalbildunterschrift, die lt. Bundesarchiv **fehlerhaft, tendenziös, überholt oder politisch extrem** sein kann; lesen Sie selbst:

ADN-ZB Müller-4.5.1979-Zum Beitrag: Es zöge mancher Storch nicht am Himmel - Von einem Mann, der für den Naturschutz lebt. Das Naturschutzsymbol der DDR, die stilisierte Waldohreule, wurde nach einer Idee von Kurt Kretschmann geschaffen, der auf dem Boasberg, in Bad Freienwalde (Bez. Frankfurt-Oder) lebt und sich seit vielen Jahren dem Naturschutz verschrieben hat. Hier erteilt er Kindern aus einem nahe gelegenen Kindergarten sehr lebendigen Biologie "Unterricht". Im Lauf vieler Jahre schuf Kurt Kretschmann gemeinsam mit seiner Frau Erna auf dem Dossberg ein wahres Pflanzenparadiese mit vielen Raritäten. Daneben sind hier auch siebzig Modelle aus Naturkunde und Naturschutz zu besichtigen. (näheres auf Seite 6)

weitere Themen:

Bundestreffen der Ökologischen Plattform 2014

Maulkorb für Chef-Geologen - Was darf die Öffentlichkeit erfahren?

Weichen für das Jahrhundert der Ökologie stellen

Subventionierung der Größtverbraucher-Strompreise und internationale Konkurrenzfähigkeit

LiebeR MitstreiterIn,

diese Papierausgabe ist eine Besonderheit: die erste Tarantel, die ausschließlich mit Spendenmitteln finanziert ist. Das ist notwendigen Sparmaßnahmen DER LINKEN geschuldet – der Tatsache, dass die Budgets der Zusammenschlüsse um 1/3 gekürzt wurden und dass wir davon keine Kopier **dienstleistungen** beauftragen können, sondern die hausinternen Kopierer nutzen sollen. Nur sind die technisch nicht in der Lage, A3-Seiten zu falten und rückseitig zu heften. Wir hätten zwar die gesamte Auflage von 500 Exemplaren von Hand falten können, doch es gibt auch keinen Langarm hefter. Somit wäre die neue Nummer nur als ein A4-Blattstapel erschienen, der am linken Rand geheftet wird. Aber in der Qualität der Tarantel „back to the roots“ kommt für uns nicht in Frage.

So sah der Anfang der „Tarantel“ aus, der Rundbrief Nr. 1 namens „Ökoplatt“: 8 A5-Seiten auf zwei A4-Blättern. Zu diesem Stand werden wir sicher nicht zurückkehren, doch auch einen Blattstapel in Randheftung können wir 20 Jahre nach Gründung der Ökologischen Plattform nicht akzeptieren. Die letzte derartige Ausgabe war Nr. 13 vom Mai 2001. Daher haben wir beschlossen, den Druck dieser Nummer durch Spendenmittel zu finanzieren und auf das Kopierer budget im Karl-Liebnecht-Haus zu verzichten.

Im Juni begehen wir beim Bundestreffen (S. 3) unseren zwanzigsten Jahrestag. Dazu wird eine Sonderausgabe der Tarantel erscheinen – mit Nr. 65 auch ein „kleines Jubiläum“. Wir werden alles daran setzen, dass auch die nächste Nummer wieder als Broschüre erscheint. Wenn Sie das mit einer Spende unterstützen wollen, geben Sie bitte beim Verwendungszweck „Ökologische Plattform“ (siehe S. 30) zusätzlich „Taranteldruck“ an. Damit wir Spenden nachverfolgen können, würden wir uns auch eine kurze Information per E-Mail freuen.

Außerdem bitten wir Sie, darüber nachzudenken, ob Sie zugunsten der elektronischen auf die Papierausgabe verzichten (können)



Entscheidend ist natürlich der Inhalt. Wir haben wieder einen bunten Strauß Themen zusammengestellt: Einschätzung des Europawahlparteitages (S. 4), Beiträge aus verschiedenen Bundesländern (S. 6 bis 11), Grundsatzüberlegungen über die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft (S. 14), der Blick über den europäischen Tellerrand (S. 16) und das Dauerthema „Energie“ (S. 21 bis 27).

Dass Energie in der Tarantel immer wieder eine große Rolle spielt, hängt natürlich damit zusammen, dass in unserer Gesellschaft ohne Bereitstellung von Elektroenergie, Wärme, Treibstoff usw. „nichts geht“. Doch die Energiefragen sind auch sehr vielgeschichtig und widersprüchlich. Es wäre zu einfach, hier nur den Widerspruch zwischen dem fossil-atomaren Komplex und den Verfechtern der erneuerbaren Energien zu sehen. Auch unter ökologisch orientierten Menschen gibt es beispielsweise verschiedene Auffassungen über die Umsetzung und Ausgestaltung der Energiewende. Angesichts der Versuche, die Energiewende auszubremsen wollen wir in einer Tagung „Energiewende von unten“ Ansätze diskutieren, wie Solar- und Windenergie unabhängig vom Regierungs handeln weiter voran getrieben werden können (s. S. 5).

Im vorliegenden Heft würdigen wir auch zwei Geburtstagskinder: „Stichwort Bayer“ ist 30 (S. 28) und Kurt Kretschmann, ein überzeugter Pazifist, Kommunist und unermüdlicher Naturschützer, wäre in diesem Monat 100 Jahre alt geworden (S. 6).

Schließlich sei ein Thema angesprochen, welches in den Beiträgen von Marko (auf S. 16) und Friedhelm (S 29) angedeutet wird: zahlenmäßige (Selbst-?) Begrenzung der Weltbevölkerung – ja oder nein und wenn ja, wie? Diese Frage taucht immer mal auf, um dann wieder wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen zu werden. Wir müssen uns dazu eine linke Position erarbeiten...

Viel Spaß beim Lesen
Die Redaktion

Einladung zum Bundestreffen der Ökologischen Plattform 2014

Unser Bundestreffen findet am **14./15. Juni 2014 in Milow** statt.

Jugendherberge Milow – Carl Bolle
Friedensstraße 21
14715 Milower Land

Tel: +49 3386 280361
Fax: +49 3386 280369
www.jh-milow.de

Bereits feststehende **Tagesordnungspunkte** sind:

- Vortrag der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, **Anita Tack**, zu Schwerpunktfragen des Umweltschutzes und der Umweltpolitik in Brandenburg mit anschließender Diskussion
- Neuwahlen zum Koordinierungsrat und Sprecherrat der Ökologischen Plattform.
- zwei Exkursionen ins Havelland (Vorbereitung durch die LAG Umwelt Brandenburg)
Sonnabend: Informationszentrum Naturpark Westhavelland und
Sonntag: Großtrappenschutzprojekt
- **20. Jahrestag des Bestehens der Plattform**

Wie üblich trifft sich der Koordinierungsrat bereits am Freitag um 19 Uhr.

Beginn des Bundestreffens: Sa. 10.00 Uhr

Anfahrt: Nächster Regionalbahnhof ist Premnitz-Nord, mit Umsteigen in Rathenow oder Brandenburg-Hauptbahnhof

Wir haben die komplette Jugendherberge für uns zur Verfügung.

Um besser planen zu können, bitten wir um verbindliche Anmeldung per E-Mail an greenbike@freenet.de oder per Post an

SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei DER LINKEN
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Preis: eine Übernachtung mit Vollpension 31,00 Euro

Solidaritätspreis: eine Übernachtung mit Vollpension 45,00 Euro





„Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch“

So lautet der Titel unseres Europawahlprogramms, das auf dem Parteitag am 15.2.2014 in Hamburg verabschiedet wurde. Der Antrag „Mut für ein anderes Europa – sozial, friedlich, demokratisch und ökologisch“ fand leider keine Mehrheit. Somit ist die Ökologie zumindest vordergründig auf dem Titelblatt nicht vertreten. Im Wahlprogramm selbst kommen die ökologischen Aspekte sehr gut zur Geltung. In dieser Hinsicht hatte sich die Koordination der Änderungsanträge und Einbringung in den Parteivorstand durch Wolfgang Mehtling wieder einmal sehr bewährt. Trotz dieser Erfolge ist das Wahlprogramm eher unbefriedigend. Schon im Vorfeld des Parteitages gab es ja eine große Debatte zur Präambel des Wahlprogramms. Viele unserer führenden Genossen schreckten davor zurück, die Missstände in der europäischen Union und deren konkrete **Bezeichnung** klar in unserem Wahlprogramm zu benennen. Zu groß war offenbar die Angst, dass uns die Medien und die politischen Mitbewerber wieder als europafeindlich abwatschen. Nun ist

die Präambel, die als Kompromiss von Gabi Zimmer und anderen eingereicht wurde, weicher und in einem „neuen Märchenstil“ geschrieben. Demnach ist die europäische Union, so wie sie jetzt verfasst ist, nicht mehr militaristisch und undemokratisch. Der erste Weltkrieg ist vor 100 Jahren auch einfach ausgebrochen. Natürlich liest sich dieser Stil im Sinne von „es war einmal...“ einfacher und eleganter, vor allem scheint er nicht so kontrovers, als wenn Ross und Reiter benannt würden.

Dennoch: Linke Ökos in unserer Partei muss dieser Schreibstil unbefriedigt lassen.

Dabei geht es gar nicht darum, die erzielten Fortschritte in der Europäischen Union, gerade auch im Umweltbereich, klein zu reden. Auch wird kein LINKER die Freizügigkeit für Bürger der Europäischen Union in Frage stellen wollen. Für uns LINKE kann die Antwort auf die Krisenerscheinungen in der Europäischen Union auch nicht im Ruf nach mehr Nationalstaat oder nach nationalen

Währungen liegen. Das Paradigma „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, in dessen Tradition wir stehen, zeigt uns doch den Weg. Es bedeutet, dass wir mehr Union wollen, aber eben eine Union, die den Menschen, insbesondere den abhängig Beschäftigten, den Prekarisierten, den Freischaffenden, den Rentnerinnen und Rentnern und der Jugend dient, und keine Union der Kapitalinteressen. Das sollten wir immer deutlich machen.

Ähnlich wie mit dem Wahlprogramm geht es uns, wenn wir uns die nun gewählten Kandidaten auf der Liste bis Platz 9, der wirklich als letzter aussichtsreicher Platz gelten muss, anschauen. Weder sind in der außerparlamentarischen Bewegung engagierte Antimilitaristen, wie Tobias Pflüger dabei, noch Sabine Wils, die sich in der aktuellen

Bericht vom Koordinierungsrat

Der Koordinierungsrat nahm auf seiner Sitzung die ersten Aktivitäten zur Realisierung des Arbeitsplanes für 2014 zur Kenntnis und bestätigte die obige Einschätzung des Hamburger Parteitages.

Die vom Sprecherrat und von der LAG Brandenburg vorbereitete Tagesordnung für das Bundestreffen wurde bestätigt. Der Koordinierungsrat dankte den Mitstreitern in Brandenburg für aktive Beihilfe zur Vorbereitung des Treffens und nahm mit besonderer Freude zur Kenntnis, dass die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Anita Tack, dort zu Problemen des Umweltschutzes in Brandenburg und der Umweltpolitik DER LINKEN referieren und diskutieren wird.

Unter der Überschrift „Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft“ wurde eine Erklärung der Ökologischen Plattform anlässlich des 20. Jahrestages ihres Bestehens vorbereitet. Diese Erklärung wird im Juni in der „Tarantel“ Nr. 65 und in unserem Internet Auftritt veröffentlicht und den Printmedien übergeben.

Die Jubiläumsausgabe der „Tarantel“ soll auch eine Reihe von Beiträgen von langjährigen

Legislatur unter anderem um Themen wie Umweltpolitik, Klimaschutz und Atomausstieg verdient gemacht hat.

Wir werden sehen, wie sich das neue Team, das sicherlich ganz im Sinne Gabi Zimmers sein wird, den Herausforderungen der Europapolitik stellen wird. Und hoffentlich gehen dann die Themen wie Energiewende, Umweltschutz, fortschreitende Militarisierung und Kriege der Union und der Ausbau des Eurozentrismus und der imperialen Großmachtbestrebungen nicht im breiten Fluss des Mainstreams unter.

Johanna Scheringer-Wright, Gesine Franke

Bitte lest auch: Nach der Wahl ist vor der Wahl: Noch 81 Tage bis zum Parteitag in Berlin von der Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE
<http://www.die-linke.de/index.php?id=14087>

Mitstreitern enthalten, die über die Entwicklung und Arbeit der Plattform informieren. Insbesondere wurden die Vertreter aus den Gruppen der Bundesländer gebeten, über spezielle Probleme und Entwicklungen in den jeweiligen Ländern zu berichten.

Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, hat vorgeschlagen, dass die Plattform dazu beiträgt, auf einer noch in diesem Jahr vorgesehenen Zukunftskonferenz DER LINKEN die ökologische Frage als dringende Aufgabe für die ganze Partei zu behandeln. Zusammen mit den anderen ökologisch orientierten Strukturen in der Partei werden die entsprechenden Vorbereitungen getroffen.

Zusätzlich zum bisherigen Arbeitsplan wird für den Herbst eine Tagung zum Thema „Energiewende von unten“ vorbereitet.

Auf dem kommenden Parteitag in Berlin wird erneut ein Antrag zur Satzungsänderung eingebracht, um Zusammenschlüssen für die Wahl ihrer Parteitagsdelegierten auch die Briefwahl zu ermöglichen. Damit könnte eine höhere Beteiligung an dieser Wahl als bei Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen erreicht werden.

Kurt Kretschmann zum 100. Geburtstag

*** 2. März 1914 in Berlin – † 20. Januar 2007 in Bad Freienwalde
Pazifist, Naturschützer, Sozialist, Kriegsgegner, Pazifist, Deserteur**

Kurt Kretschmann war sein Leben lang Pazifist. In seiner Jugendzeit in Berlin gab es enge Kontakte zu Ernst Friedrich, dem Begründer des Antikriegsmuseums. Die dort dokumentierten Kriegsgräuelpprägten sich tief bei Kurt ein. Als er selbst 1935 zur Wehrmacht eingezogen werden sollte, hungerte er solange, bis man ihn zurückstellte. Das funktionierte zwei Mal. Nachdem der Schneiderei betrieb, in dem er arbeitete, die Produktion auf Uniformen umstellte, kündigte er. Kein ungefährlicher Schritt im Dritten Reich. Als er trotzdem zur Wehrmacht eingezogen wurde, ließ er keine Gelegenheit aus, um unter den Soldaten zu agitieren. Mehrfach versuchte er zu desertieren. Für seinen letzten Versuch wurde er zum Tode verurteilt. Er stand bereits am Pfahl und sah dem Tod in Form eines faschistischen Erschießungskommandos ins Auge. Ein Artillerieangriff der Roten Armee verhinderte dies im letzten Moment, Kurt überlebte wie durch ein Wunder. Im Januar 1945 nutzte er einen Fronturlaub, um sich unter einer Gartenlaube in Bad Freienwalde in einem Erdloch zu verstecken. Drei Monate wartete er dort auf das Ende des Krieges, nur von seiner Ehefrau Erna in der Nacht mit dem Notwendigsten versorgt. Im April 1945 wurde er endlich befreit.

Solange er lebte, prangerte er den imperialistischen Raubkrieg an; die zwei Hände mit dem zerbrochenen Gewehr waren seine Lebensmaxime.

Naturschützer, Vegetarier, Gärtner

Mit der Befreiung seiner Heimatstadt Bad Freienwalde übernahm Kurt als Antifaschist sofort neue Aufgaben, so wurde er Beauftragter für Kultur. Im Jahr 1949 wurde er Kreisbeauftragter für Naturschutz im Landkreis Oberbarnim. Zwei Jahre später wurde er zum Landesbeauftragten für Naturschutz berufen. Er entwarf die Naturschutzzeule als landesweites

(heute bundesweites) Symbol für den Naturschutz, schrieb Tausende Zeitungsartikel, kümmerte sich um den Schutz des Weißstorchs. Unter seiner Regie wurde das erste deutsche Storchmuseum in Altgaul im Oderbruch eingerichtet.



Sein Engagement blieb nicht unbemerkt, und so wurde er 1954 mit der Einrichtung einer DDR-weiten Landeslehrstätte für Naturschutz an der Müritz beauftragt. Sechs Jahre leitete er den Müritzhof, ehe er wieder nach Bad Freienwalde zurückkehrte, dort das Haus der Naturpflege aufbaute und einen großen Lehrgarten anlegte. Er war seit seinem 17. Lebensjahr Vegetarier, wurde später

Imker und beschäftigte sich umfassend mit der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit karger brandenburgischer Böden. Seine Forschungen zum Total-Mulchgarten fanden weltweit Anerkennung.

Das gilt auch für seine Naturschutzarbeit: Kurt Kretschmann wurde mit dem Europäischen Umweltpreis, der NABU-Ehrennadel in Gold und der Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Bad Freienwalde ausgezeichnet.

All dies wäre ohne die jahrelange enge Mitarbeit und Unterstützung durch seine Ehefrau Erna undenkbar gewesen.

Kommunist, Sozialist, Genosse

Schon in Berlin hatte Kurt Kontakte zum KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands). In Bad Freienwalde wurde er 1946 Mitglied der KPD. Mehr als 60 Jahre gehörte er

Deponie im Naturschutzgebiet

Zwischen der Ortslage Strohn und der Nachbargemeinde Gillenfeld werden fünf Brunnen zur Trinkwassergewinnung für den Kreis Cochem-Zell genutzt. Hier werden jährlich **1.000.000.000** Liter Trinkwasser gewonnen. Die Wasserschutzzone reicht bis unmittelbar an die geplante Deponie DK 1 heran. Dem Schutz des Trinkwassers gebührt die höchste Priorität. Eine eventuelle Verunreinigung dieses Schutzgutes stellt den Kreis Cochem-Zell und das Land Rheinland-Pfalz vor ein unlösbares Problem. Ein weiteres großes Grundwasservorkommen befindet sich im direkt an die Deponie gelegenen Naturschutzgebiet. Auf der vorhandenen nach Bergrecht erfolgten Verfüllung mit organischem Anteil soll Deponieabschnitt Nr. 1 errichtet werden. Parallel zum geplanten Deponiebetrieb soll der Abbau mit den unverzichtbaren Sprengungen noch ca. 40 Jahre weitergeführt werden. Das alles gepaart mit dem vorhandenen Kluft- und Porenwasserleiter zeigt, wie ungeeignet dieser Standort für die Errichtung einer Deponie ist. Herr Prof. Rettenberger

unserer Partei an - und das mit allen Höhen und Tiefen eines Parteilebens. Kurt Kretschmann erkannte bereits nach dem Krieg, dass der Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung trotz aller Not nur im Einklang mit der Natur erfolgen kann und nicht gegen sie. Deshalb zählte er auch zu den Mitbegründern der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der PDS, deren Ehrenmitglied er 1999 wurde.

Kurt war ebenso bis ins hohe Alter hinein in seiner Basisorganisation aktiv und hat sich dort energisch und kämpferisch für seine Überzeugungen eingesetzt.

Kurt Kretschmann hat für seine Überzeugung gelebt, mit allen Konsequenzen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Wir werden in seinem Sinne weiterwirken!

Norbert Wilke

(FH Trier) hat auf der Podiumsveranstaltung am 6.11.13 auf die Frage, ob er diesen Standort beplanen würde, erklärt, er würde ihn nicht in die engere Wahl nehmen.

Die CDU-Fraktion der Verbandsgemeinde Ulmen hat sich bereits positioniert und ist damit an die Öffentlichkeit gegangen.

„Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Ulmen lehnt jegliche Pläne zur Errichtung der Abfalldeponie DK 1 in Strohn ab.

Es ist zu befürchten, dass die Errichtung einer Deponie DK 1 gravierende gesundheitliche Auswirkungen für die Menschen in der Region hätte. Zudem stellt eine solche Deponie einen unzumutbaren Eingriff in die Lebensqualität dar und könnte unabsehbare negative Folgen für den Tourismus haben.

Ein sehr großer Teil der Bevölkerung von Strohn, wie auch sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger der umliegenden Gemeinden und Mitglieder im GesundLand Vulkaneifel und Geopark verfolgen die Entwicklung in der Gemeinde Strohn bezüglich oben genannten Vorhabens mit größtem

Missfallen und großen Befürchtungen, da geplant ist, umweltgefährdende und gesundheitsschädliche Materialien in dieser Deponie zu lagern. Die Einrichtung einer Deponie mit Giftstoffen ist ein No-Go für das GesundLand Vulkaneifel und ein erheblicher Nachteil in Hinsicht auf weitere touristische Entwicklungen.

Ein derartiges Vorhaben könnte fatale Folgen für die Entwicklung der hiesigen Region haben, was sich sicherlich nicht zuletzt auch negativ für das aufstrebende GesundLand und die Kur- und Tourismusgemeinden auswirken wird. Als zukünftiger Gesellschafter der GesundLand Vulkaneifel GmbH hält der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Ulmen das hier beabsichtigte Vorhaben inmitten des GesundLands als äußerst schädlich für die Außendarstellung dieses Gebietes und seinen Zielsetzungen.

Durch das zu erwartende zusätzliche Verkehrsaufkommen, insbesondere durch die LKWs, würden neben der Luftverunreinigung und Straßenbelastungen zusätzliche Geräusch- und Geruchsemissionen verursacht. Die Wohn- und Lebensqualität der Bürger im direkten Umfeld würde nachhaltig gestört werden. Die Immobilien könnten einen Wertverlust erleiden.

Der Landkreis Cochem-Zell bezieht für die Verbandsgemeinde Ulmen einen Großteil ihres Trinkwassers aus den 5 Trinkwasserbrunnen in der Gemarkung Strohn.

Durch die Nähe der geplanten Deponie zu den Trinkwasserbrunnen des Kreiswasserwerkes können Gefahren für das Trinkwasser und die Trinkwassergewinnung nicht ausgeschlossen werden.

Nicht zuletzt aus den v. g. Gründen wertet der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Ulmen die Realisierung der hier geplanten „Sondermülldeponie“ an dem beschriebenen Standort in einer Erholungs-, Gesundheits- und Tourismusregion als die falsche Entscheidung.

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Ulmen fordert daher die Verantwortlichen dieses Projekts auf, die Planungen hinsichtlich dieser Deponie einzustellen und dem Ansinnen des Großteils der Bevölkerung und dem GesundLand Vulkaneifel Rechnung zu tragen.

Ingrid Bäumler

Weitere Informationen:

- <http://www.yvelle.com/Abfalldeponie-Strohn.html>
- <http://bi.wartgesberg.de/>

Rot-Grüner Entwurf zum Landesentwicklungsplan ist unzureichend!

Nicht nur klare Äußerungen zu Fracking und Nationalpark Senne fehlen

Kritik findet der von der rot-grünen Landesregierung vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsplan (LEP) bei DER LINKEN Gütersloh. Aber auch die „Detmolder (Gegen-) Erklärung“, können wir nicht mittragen. In der Erklärung lehnen die Fraktionen im Regionalrat des Regierungsbezirks Detmold von SPD, CDU, FDP und Freien Wählern das Vorhaben der Landesregierung ab, den Flächenverbrauch im Land von heute 20 auf 5 Hektar täglich und langfristig auf Null zu senken. Landräte, die „Spitzen“ der heimischen Wirtschaftsverbände, Sportverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben sich dieser Erklärung angeschlossen. DIE LINKE Gütersloh

hält es für falsch, Natur- und Umweltschutz wirtschaftlichen Interessen zu opfern.

Wir sehen große Schwächen in dem Entwurf der rot-grünen Landesregierung. Aber ausgerechnet eines der wenigen konkreten Ziele in dem Plan soll zu Gunsten der Profitgier ausgehebelt werden: Die Senkung des Flächenverbrauchs. Das hat nichts anderes zur Folge als die fortgesetzte Zerstörung unserer Natur. Die AG Ökologische Plattform DER LINKEN Gütersloh vermissen zudem eindeutige Stellungnahmen gegen das Fracking: „Sollte sich die Lobby von Exxon, BNK, RWE und Konsorten durchsetzen, wird auch vor unserer Haustür Fracking nicht mehr

zu stoppen sein. Dabei werden teils hochgiftige Chemikalien unter hohem Druck in große Tiefen gepumpt. Große Mengen verbleiben im Boden. Eine Kontamination des Trinkwassers ist nicht auszuschließen. Obendrein führt der wachsende Transport von Öl und Chemikalien auf Schiene und Straße zu einem erheblichen Risiko, wie gerade die letzten Unfälle in Nordamerika zeigen. Im LEP aber kommt das Wort „Fracking“ nicht vor. Unter „Unkonventionelle Erdgasvorkommen“ finden wir: „Die oberirdischen Einrichtungen zur Gewinnung oder Förderung unkonventionellen Erdgases lösen in der Regel keinen raumordnerischen Handlungsbedarf aus. Daher bedarf es keiner Festlegungen in den Regionalplänen.“

Maulkorb für Chef-Geologen - Was darf die Öffentlichkeit erfahren?

„Die Thematik des instabilen Baugrunds ist seit langem bekannt, aber trotzdem wurde mit dem Bau der Hochmoselbrücke begonnen. Ich fordere einen sofortigen Baustopp für dieses irrwitzige Projekt,“ kommentiert Katrin Werner die erneute Diskussion um den Rutschhang am Westufer der Mosel.

Die Bürgerinitiative „Pro Mosel“ hatte bereits vor Gericht Einsicht in die statischen Unterlagen gefordert. Allerdings wurde ihre Klage mit Hinweis auf das Betriebsgeheimnis der beteiligten Baufirmen abgewiesen. Harald Ehse, Leiter des rheinland-pfälzischen Landesamtes für Geologie und Bergbau, brachte es Anfang dieses Jahres auf den Punkt: „Das ist der komplizierteste Baugrund, den wir kennen. Wir haben schon vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass es sich um einen Rutschhang handelt.“

Er fordert deshalb ein weiteres Gutachten. Dieses wird jetzt von der Landesregierung in Auftrag gegeben. Weitere Erklärungen zu dieser Thematik durfte Harald Ehse nicht mehr abgeben. Die grüne Wirtschaftsministerin Evelyn Lemke verpasste ihrem Mitarbeiter mit dem Hinweis, dass die

Trotz des Klimawandels setzt der Entwurf des LEP weiter auf Braunkohlenutzung und Tagebau. Auch hier zeigt der Lobbyismus seine Spuren. Es fehlt auch ein klares Bekenntnis zum Nationalpark Senne-Eggegebirge. Richtig ist dagegen, im Entwurf höhere Abstände von Wohnbebauungen zu Hochspannungstrassen und die Rücknahme von Siedlungsflächen in Überschwemmungsgebieten zu fordern. Braunkohle, Fracking, Hochspannungstrassen, allein daran zeigen sich die Herausforderungen der Energiewende. Weder der rot-grüne Landesentwicklungsplan noch die „Detmolder (Lobby-)Erklärung“ sind dem gewachsen.

Uschi Kappeler und Manfred Reese

<http://www.dielinke-quetersloh.de/start/aktuell/>

Öffentlichkeit bereits genügend informiert wurde, einen Maulkorb.

Die überstürzte Reaktion der Ministerin zeigt, dass es offenbar Probleme gibt, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahren soll. Die Bürgerinnen und Bürger haben aber ein Recht



auf Information. Schließlich geht um die Standsicherheit dieses gigantischen Bauwerkes. Ein Untersuchungsausschuss im Landtag könnte Licht ins Dunkel bringen. Es kann nicht sein, dass 400 Millionen Steuergelder verplant werden, ohne dass überhaupt sichergestellt ist, dass der Baugrund dafür geeignet ist. Ein Untersuchungsausschuss könnte prüfen, ob und wie die Planungen durchgeführt worden sind. Auch wenn es sich zu großen Teilen um Bundesmittel handelt: Es sind und bleiben Steuergelder, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.

Neben diesen Fragen der Standsicherheit gibt es überhaupt keinen Bedarf für das Brückenmonster. Die Anbindung von Nordseehäfen in das Rhein-Main Gebiet ist längst über andere Verkehrswege erreicht, die Passagierzahlen am Flughafen Hahn wurden überschätzt, somit auch das Verkehrsaufkommen. Außerdem sind negative Folgen für den Tourismus und den Weinbau zu erwarten. DIE LINKE lehnt dieses Bauvorhaben ab.

Katrin Werner

Internationale Gartenschau in Berlin 2017

Bedenken von Anwohnern und Naturschützern unübersehbar

Da Berlin knapp bei Kasse ist und eine IGA 2017 auf dem ohnehin umkämpften Tempelhofer Feld, der größten Freifläche der Berliner Innenstadt, neben hohen Kosten auch dem Berliner Bürgerprotest reichlich Nahrung gegeben hätte, zog der Senat im Vorjahr die Notbremse und verlegte das Ereignis an den östlichen Stadtrand. Dort, in den viel besuchten „Gärten der Welt“ unweit der Marzahner und Hellersdorfer Plattenbauten in der Auenlandschaft des schutzwürdigen Wuhletals soll die IGA 2017 stattfinden.

Wenn die Sieger der internationalen Ausschreibung für die IGA 2017, die Landschaftsarchitekten geske/hack aus Berlin und die Bauleute vom Brücken- und Ingenieurbau Potsdam als Mit-Sieger sich auf einem Quadratkilometer Natur ausgeben, um dort ein Großereignis zu zelebrieren, das in 170 Tagen 2,4 Millionen zahlende Besucher anziehen soll, dann muss man sich über jeden Rest verbliebener Natur freuen. Und in der Tat, der Siegerentwurf lässt nur 20 Meter über dem bisherigen Kienberggipfel im Wuhletal eine beleuchtete Wolke als Ausguck für Besucher schweben, während andere Entwürfe mit turmartigen Konstruktionen mehr als doppelt so hoch hinaus wollten.

Das Kernstück des Feuchtbiotops unter dem Kienberg bleibt beim Sieger im Unterschied zu Mitbewerbern weitgehend von Durchwegungen verschont. Die das Tal über dem Wuhleteich zerschneidende Brücke scheint flach und schmal zu sein, bei anderen waren kleine Autobahnen zu sehen. Immerhin gibt es neue Schulgärten zu bestaunen, die im sozialen Brennpunkt-Bezirk anderswo aussterben. Und vielleicht werden am Ufer des Flüsschens Schäfchen, Kühe und Wildpferde grasen....

Neue Wuhlequerungen wurden seit Jahren immer wieder von Naturfreunden aus älteren Planungen verbannt. Leider kommt keiner der Entwürfe ohne sie aus, weil die Besucher vor allem über die U-Bahn bis zum gegenüberlie-



genden Talrand anreisen und dann schnell das Gelände erreichen sollen. Die geplante Seilbahn von der U-Bahn startend quert eben falls den wertvollsten Talbereich. Naturschützer sehen eine starke Gefahr für wertvolle und geschützte Biotope (Röhrichte, Trockenrasen) und Habitats, z.T. stärker gefährdeter und z.T. streng geschützter Arten wie Wachtelkönig, Braunkehlchen und Moorfrosch.

Deutlich wird: Die Gestaltung der IGA selbst auf dem Gelände der Gärten der Welt, die um das Doppelte der bisherigen Fläche erweitert werden, tritt fast in den Hintergrund. Der Sieger will dort neue Spielplätze mit Palmen im Wüstensand und sprudelnde Wasserfälle, blühende Hochbeete und Terrassen, alles sehr naturnah, versteht sich doch! Aber die eigentlichen Großbauten warten nicht mit Aufwuchs auf, sondern heißen Brücken und Bühnen, Gastronomie und Wege. Da muss es eine Überbrückung eines „Tälchens“ am Auslauf des Rodelhangs geben. Wird damit die dauerhafte Einbeziehung von Teilen des bisher öffentlich zugänglichen Tales in das Gartenschaugelände betont? Kaum ein Hinweis auf das Zeitweilige bei all den Bauwerken im Naturraum! Ich zähle neben einer Großgastronomie am Haupteingang weitere sechs Gastronomie-Bauten, nur eine hat den Zusatz „temporär“. Die Gastro-Einrichtung am Ufer des künftig am Ufer mit Mauern befestigten Wuhleteiches (unter der neuen Brücke ist ein Ruderboot gezeichnet, der einst geplante DDR-Gondelteich lässt grüßen) wird mit einem Umweltbildungszentrum gekoppelt.

Sage keiner, diese Internationale Gartenbauausstellung 2017 gehe den Leuten vor Ort am A... vorbei: 2.200 Besucher kamen im Frühjahr zur zweiwöchigen Präsentation der Siegerentwürfe zur IGA und zur ersten öffentlichen Beratung Ende 2013 zählte ich weit mehr als 250 an der IGA Interessierte. Auf der Bühne saßen neben den Geschäftsführern der IGA GmbH auch Naturschützer und Bezirkspolitiker. Eine lebhaft diskutierte Diskussion auf der Bühne war also vorprogrammiert. Insgesamt hatte ich das Gefühl, das war ein Stück

gelebte Demokratie - durchgesetzt wie nicht anders zu erwarten mit ein paar der üblichen Tricks seitens der Profis. Dazu gleich mehr.

Die sehr anschaulichen virtuellen Gänge der IGA-Chefs durch das künftige Ausstellungsreal konnten vor allem den Eindruck vermitteln: Hier wird im Einklang mit der Natur gedacht, geplant und gebaut. Wären da nicht die unbequemen Zwischenfragen der Naturschützer und Bürger, ob sich die IGA zum Zwecke des Geldverdienens mit Naturnähe nur schmücke, eigentlich aber die vorgefundene Natur an vielen Plätzen unnötig beeinträchtigt, ja zum Teil zerstört. Schwerpunkte der Diskussion: Der Antransport der erwarteten 2,4 Millionen Besucher, die Umgestaltung der Bereiche um den Wuhleteich unterhalb des Kienbergs, die Seilbahn und Nachnutzungskonzepte, wenn die IGA 2017 schließt. Die Autofahrer von auswärts sollen am Stadtrand auf freiem Feld parken und werden per Busshuttle zu den IGA-Eingängen gebracht. Unterbelichtet blieben alle Vorschläge der Naturschützer zur Elektro-Mobilität beim Transport der Besucher auch als Alternative zur Seilbahn. Schließlich die Nachnutzung: Festzustellen ist das Schweigen der IGA-Geschäftsführer zum genauen Verlauf der künftigen eintrittspflichtigen Einzäunung!

Zwar machten die Hauptakteure deutlich, die Wolke als Kienbergaussicht stehe mit Ausnahme einer vielleicht insektenfreundlicheren Beleuchtung nicht mehr zur Debatte, signalisierten ansonsten aber auch, die Interessen der Anwohner, Kleingärtner und Naturschützer ernst zu nehmen. Ob das am präsentierten Konzept viel ändern wird?

Darüber könnte 2014 Aufschluss geben. Dann starten die Baumaßnahmen für das Besucherzentrum, es kommt der Termin des Planfeststellungsverfahrens für die privat zu finanzierende Seilbahn.

Zwei weitere Bürgerforen sind für 2014 angesetzt.

Ulrich Clauder

Mehr unter www.iga-berlin-2017.de.

Gaia, du wunderbare

Gaia, du Quell allen Lebens und Heimat des Lebendigen
Blauer Planet schwimmend im Raum so schön und verletzbar
Dein atmosphärisch Gewand schaffst ständig du neu
Mit der Glut deines Herzens und dem Odem deiner Haut.

I

In deinen Wassern atmeten Kalkalgen zu Millionen die Gase deiner Hülle
Entzogen ihnen die Gifte zum Aufbau ihrer Körper
Schaffend so steile Berge und die Atmosphäre von heute
Daraus die Pflanzen nehmen ihren Teil
Verwandelnd ihn zum Grün der Blätter und Gräser
Und Blumen erwachsen mit Honig für die fliegenden Insekten.

Täglich erneuern die Pflanzen den Sauerstoff deines luftigen Gewands
Das im Austausch mit der Sonne den Wassern und allem Lebendigen
Wolken bildet die Erde zu schützen vor tödlichen Strahlen
Wolken die getrieben vom Winde die Sonne verdüstern die Erde abkühlen
Oder den Sonnenstrahlen den Weg frei geben
Wolken die Erde zu benetzen mit sanftem Regen sie einzuhüllen
In schützenden Schnee oder mit Stürmen zu peitschen Bäume und Häuser
Das Land zu überschütten mit Eiskörnern und Wassermassen.

Brüllend öffnest du deinen Leib wirfst feuriges Magma heraus
Das fließt über deinen Körper erstarrend zu Stein
Der wird zerbröselt von deinen Winden und Wassern
Zu Erde warmer weicher feuchter Erde daraus Pflanzen sprießen.
Und wieder schleuderst du glühende Asche verbrennst und erstickst buntes Leben
Doch üppiger als zuvor wachsen Bäume Gräser und Blumen
Die Nahrung sind für die Tiere in Wiesen und Wäldern
Wie diese ernähren die Pflanzen durch ihren Kot und gestorbenen Leiber
Die zersetzt werden zu Erde von Insekten und Bakterien.

II

Die beweglichen Tiere in deinen Lüften Wassern und auf Erden
Leben angepasst auf vielerlei Art:
Die Säugetiere des Waldes mit ihren Familien in kleinen Höhlen
Darein sie flüchten schon Stunden vor dem Gewitter
Insektenstaaten mit klug konstruierten Gebäuden
Darinnen Luft und Wärme gehalten werden wie sie es brauchen
Würmer, Käfer, Bakterien und Pilze im Boden die ihn durchwirken
Im Austausch mit der Luft und allem Lebendigen.

Deine jüngsten Kinder die Menschen aber sind unangepasst:
Einst hattest du ihre Vorfahren in raue Landschaft gesetzt
Dass sie Nahrung sich schaffen mussten mit Hilfe von Stöcken

Dass ihre Gliedmaßen geschickter wurden und ihre Hirne größer -
Doch je besser die Fähigkeiten ihrer Hände und Hirne
Desto weiter entfernten sie sich von dir Urmutter Erde.

Wie Kinder die noch lernen müssen zu bauen und schützen ihr Heim
So toben die Menschen durch dein Haus
Zerschlagen zehn Bäume wenn sie nur einen brauchen
Tragen Berge ab wegen kleiner Körnchen Gold oder Edelgestein
Zerreißen deine fruchtbare duftende Haut
Erstickten sie mit Betonpisten ihrer fahrenden und fliegenden Metallmaschinen
Dass du Atemnot bekommst und keuchst schwüle Dämpfe durch die Städte
Stößt heiße Gase aus über das trocknende Land.

Sie haben verloren das Gefühl der Geborgenheit in dir.
Die Tiere der Wälder Wiesen und Seen
Spüren schon Tage vorher das Beben der Erde
Und flüchten in ihre Behausungen vertrauend auf dich.

Doch die Menschen reißen auf deinen schützenden Mantel
Schaufeln mit stählernen Ungetümen aus deinem Innern
Die Sonne gespeichert in Kohle und Öl
Statt die Wärme ihrer Strahlen direkt zu gebrauchen.
Mit Maschinen verstärken sie ihre geringe Mobilität
Statt sich der Kraft der Wasser Tiere und Winde anzuvertrauen.

Sie brüsten sich Herren der Erde zu sein seit über dreitausend Jahren
Und sind doch klägliche Wichte ohne dich Urmutter Erde
Vom Tode bedroht durch die eigene Vergiftung deines Atems
Gebärden sie sich wie einäugige Monster ohne Nasen und Ohren.
Doch du bist geduldig im Gefühl deiner Kraft große Mutter -
Wie lange noch wird deine Nachsicht wahren?

III

Du stellst Berge auf und brichst Abgründe entzwei
Reißt mit riesigen Wellen Länder ins Meer und spülst neues an Land
Schiebst Kontinente zusammen und andere auseinander
Empfängst elektromagnetische Ströme aus dem Turbulenzen der Sonne
Und verwebst sie in dein schimmerndes Kleid -
Gaia du wunderbare lebendiger Erdball unsere Mutter und Heimat -
Ich verneige mich vor dir in Demut . . .

Eva Lehmann-Lilienthal

2011

Weichen für das Jahrhundert der Ökologie stellen

Die Tragkapazität der Ökosphäre wird an immer mehr Punkten unterminiert

Die Treibhausfenster schließen sich unaufhaltsam. Von 1990 bis 2011 erhöhte sich global der Kohlendioxidausstoß von 22,6 auf 34 Milliarden Tonnen im Jahr, 50 % Steigerung. Die Beträge summieren sich, CO₂ bleibt mindestens 100 Jahre aktiv. 400 Teile pro Million in der Atmosphäre sind überschritten. Szenarien, die sich daraus ableiten, liegen auf einem Pfad, den die Klimaforschung mit dem Votum schlimmster Auswirkungen charakterisiert hat. Die arktische Meereisbedeckung ging im Sommer 2012 erneut auf absolute Rekordwerte zurück. Bald wird die Arktis eisfrei sein. Schwarz-Gelb jedoch hatte nicht besseres zu tun, als die solare Energiewende durch chaotischen Politikstil auszubremsen und Schwarz-Rot möchte den Ausbau ebenfalls deckeln. Nicht nur in den südlichen Bundesländern hätte der Ausbau der Windkraft noch Spielraum, aber genau den will Gabriel an Land stoppen, Seehofer in Bayern hat ihn gerade gesetzlich gebremst. So wird man jedenfalls bis 2030 den Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien im Strombereich nicht schaffen, wie ihn die Grünen fordern - ein Ziel, das ich ausdrücklich unterstütze.

Wenn man von der kleinen Fluggastgebühr absieht, ist nirgendwo politische Initiative erkennbar, die auf konsistente Klimapolitik abzielen könnte. Man muss befürchten, dass auch Schwarz-Rot die Rückkehr der Kohle nicht aufhalten wird. Der Solarstrom rechnet sich freilich längst, wenn man ihn vom eigenen Dach bezieht. Wer dies nicht kann, hat immerhin Anbieter mit 100 % erneuerbaren Energien zur Verfügung wie z.B. Naturstrom und Lichtblick etc., oft genug preiswerter als die regionalen Versorger mit viel fossil-atomarem Stromanteil.

Wie die Klimapolitik unter Schwarz-Rot praktisch aussehen wird, bleibt abzuwarten. Ambitionierte Ziele jedenfalls sind nicht zu erkennen. Die neun Atomkraftwerke bleiben für die nächsten Jahre ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko. Auch wenn er keine politische

Rolle mehr spielt, in Peer Steinbrücks Opus Magnum „Unterm Strich“ kam Klimapolitik nicht vor, umweltpolitisch wäre er eine glatte Fehlbesetzung fürs Kanzleramt gewesen.

Klimakonferenzen produzieren nichts als heiße Luft in einer Situation, die als Punkt beschrieben werden muss, von dem es keine Rückkehr gibt. Viele Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, Indonesien etc. nehmen Kurs auf den „kleinen Wohlstand“, eine Perspektive, die linkspolitischen Wünschen eher entgegenkommen dürfte. Dieser rasante Zuwachs an Industrie, intensivierter landwirtschaftlicher Nutzung z.B. durch vermehrten Fleischkonsum, Regenwaldzerstörung usw. wird jedoch binnen weniger Jahre enorme weitere Steigerungen an Treibhauspotential generieren. Und das in einer Zeitspanne, in der es eigentlich darum ginge hierzulande die Treibhauslasten um nahezu 100 % zu reduzieren, wenn man dem Klimaforscher Mojib Latif folgen will. Es ist vorherzusehen, dass die ökologische Tragkapazität der Biosphäre an allen Ecken und Enden kollabieren wird.

Die sozialen Wirkungen großregionaler Destabilisierung kann man am Versiegen des Aralsees gut studieren. Der kasachische Pen-Präsident Abdishamil Nurpeissow beschreibt in seinem zweiteiligen Roman „Der sterbende See“ (2006) wie der Fischerei das Wasser entzogen wurde und am Ende Familien in ganzen LKW-Konvois mit Hab und Gut die Dörfer verlassen. Zurückgeblieben ist eine Salzwüste, deren feiner Staub hunderte Kilometer ins Umland getragen wird. Die gesundheitliche Probleme der Menschen sind massiv. Das sind die Folgen einer landwirtschaftlichen Wachstumsstrategie, bei der die beiden Flüsse, welche den einst viertgrößten See der Welt mit Wasser speisten, in großem Stil angezapft wurden. Selbst wenn man sowjetische Akzente in der Wirtschaftskultur abzieht, scheint mir das wie ein Symbol zu sein für den Kollaps, der uns gesamtplanetarisch mit anderen Akzenten droht.



Selbst DIE LINKE, die aus der stalinistisch geprägten SED hervorgegangen ist, hatte eigentlich politisch-intellektuell nach 1989 gute Chancen, eine rot-grüne Partei zu werden. Immerhin gab es drei Vordenker, die aus der SED gekommen waren, wenn auch in Ungnade gefallene. Der Band „Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg“ von Robert Havemann, 2010 wieder veröffentlicht durch die Ökologische Plattform, versuchte in einer utopischen Reise die Vision eines ökologischen Kommunismus zu entfalten, vielleicht noch zu stark auf automatisierte Technik fokussiert, aber klar in der Einsicht, wir müssen mit ungefähr einem Zehntel an Infrastruktur und Energie auskommen. Rudolf Bahro markierte letzteren Punkt ganz analog. Sein Werk „Logik der Rettung“ setzte auf eine grundsätzliche Kehre, die von unserem Drang nach Nimmersatt nötig wäre. Nicht nur die kapitalistische Wirtschaftsdynamik, auch unsere sozialpsychologische Verfasstheit spielen eine große Rolle im Kräfteparallelogramm einer zukunftsfähigen Ordnung, jenseits neuer tyrannischer Optionen. Unfreiwillig scheinen davon Ansätze auf in Wolfgang Harichs „Kommunismus ohne Wachstum“, einem Band, der nicht ganz frei ist von spät stalinistischer Patina. Dass man sich unideologisch das ganze Spektrum ökologischen

Vordenkens in der heutigen Welt kritisch aneignen sollte, sei als selbstverständlich vor ausgesetzt.

Es wird nicht gelingen, DIE LINKE für die Auseinandersetzungen im Jahrhundert der Ökologie politikwirksam aufzustellen, solange diese Aufgabe nur durch einen kleinen Kreis engagierter Abgeordneter und der BAG Umwelt, Energie und Verkehr sowie der Ökologischen Plattform aufgegriffen wird. Unbestreitbar trugen diese Akteure viel dazu bei, ökologische Passagen in Wahlprogrammen zu verbessern und Konferenzen auszurichten. Auffällig ist auch, dass einige westliche Verbände im Wortlaut mehr ökologisches Profil zeigen als DIE LINKE insgesamt.

Während rot-rote Regierungspolitik steigende CO₂-Ausstoßwerte in Brandenburg verzeichnet, die Pro-Kopf-Emission klimarelevanter Gase bei 25 Tonnen liegt (Bundesdurchschnitt 12 t) - bei neuen Rekorden für Braunkohlestrom durch Vattenfall, obwohl Faktoren, wie der gescheiterte Emissionshandel berücksichtigt werden müssen – tatsächlich ökologisches Profil sieht anders aus. Die CCS-Verpressung wurde versucht trotz massiven Protestes durchzudrücken - ein wirklich katastrophaler Politikstil. Wenn Rot-Rot nach 136 in der Lausitz ausgelöschten Dörfern,

weitere Ortschaften vorbereitet dem Erdboden gleich zu machen, muss man sich freilich fragen, ob DIE LINKE nicht ihre eigenen Ziele in Brandenburg verrät, besonders dann, wenn man die verschiedenen Statements von Wirtschaftsminister Christoffers vernimmt, die im krassen Widerspruch zu Reden anderer linker Parlamentarier im Landtag stehen. Darüber, ob das umfassende Nachtflugverbot in Brandenburg verbindlich umgesetzt wird, wenn kein Volksentscheid mehr droht, sind Zweifel angebracht. Überdies bleibt die Subventionierung der Billigfliegerei, wie sie Frank Welskop in seinem Flughafenbuch beschreibt, erhalten. Das diskreditiert die ökologische Kompetenz der Gesamtpartei.

Ob freilich das gesamte politische System mit Wahlkampfparteien der ökologischen Zivili

sationskrise gewachsen sein wird, muss bezweifelt werden. Wir bräuchten in drei, vier politischen Anläufen einen kompletten Umbau hin zu einer ökologischen Ordnung, die mit einem Bruchteil heutiger Ressourcen und Energien auskommt und müssten unsere Anzahl auf dem Planeten begrenzen. Welche Gefahren uns abrupte Klimaumbrüche bescheren könnten, zeigt besonders kenntnisreich Fred Pearce in „Das Wetter von Morgen. Wenn das Klima zur Bedrohung wird“. Die komplexen Wechselwirkungen der Ökosysteme beschreibt Tim Flannery in „Wir Wettermacher“. Die Lektüre könnte sehr hilfreich sein, um die üblichen umweltpolitischen Sprachschablonen zu untergraben.

Marko Ferst

Bericht vom Ersten Irakischen Sozialforum

Auswirkungen des Ilisu-Staudamms werden bis Bagdad spürbar sein

Jeder Mensch, dem ich es erzähle, ist erstaunt. Sie können es kaum glauben, dass in Bagdad vom 26. bis zum 28. September 2013 das erste irakische Sozialforum organisiert wurde. Denn mit Bagdad verbinden heute die meisten Menschen – selbst im Mittleren Osten – wahllose Bombenattentate gegen ZivilistInnen, schiitisch-sunnitische Auseinandersetzungen und teilweise sehr lebensunwürdige Zustände. Bei ihren Reiseplanungen ist es für sie ein schwarzer Fleck auf der Landkarte, vor allem aber ist Bagdad aus ihren Überlegungen verschwunden. Dem heutigen Bagdad können sie keine Zivilgesellschaft oder gewaltfreien großen Organisationen und Veranstaltungen zuordnen. Zum einen haben sie Recht doch zum anderen sind sie durch die allermeisten Bericht erstattenden Medien mit Vorurteilen behaftet.

Zweifellos ist Bagdad nicht friedlich und angenehm zu erkunden. Jeden Tag verlieren Menschen durch Gewalt – insbesondere Bombenanschläge – ihr Leben. Im September 2013 sollen in Bagdad täglich im Durchschnitt über 15 Menschen gezielt getötet worden sein. Das ist erschreckend, selbst für eine

Stadt mit sechs Millionen EinwohnerInnen. Die rohe Gewalt ist Alltag. Aber der Alltag besteht auch aus dem ganz Üblichen, wie in anderen Städten auch. Die Geschäfte und Basare haben geöffnet, Menschen gehen arbeiten, sie sind in großer Anzahl auf den Straßen zu sehen, gehen spazieren (wenn auch eingeschränkt) und sie feiern Hochzeiten und andere Anlässe. Die große Präsenz von Polizei und Armee mitten in der Stadt durch militärisch-polizeiliche Kontrollen etwa alle 500 Meter hindert die Menschen nicht grundsätzlich daran. Die Einschränkungen bestehen neben den ständigen Kontrollen unter anderem darin, dass sie vieles mit dem Auto abfahren müssen, sich abends alleine kaum außerhalb ihres Stadtteils bewegen und einen Teil der Innenstadt – nämlich die Grüne Zone mit Regierungssitz und Botschaften – nicht betreten können.

Auf jeden Fall ist die Stadt nicht ständig in einer Situation, in der es überall kracht. Viele Stadtteile in der Innenstadt sind in den letzten drei bis vier Jahren kaum von den Anschlägen betroffen. Grund dafür sind die teilweise extremen Sicherheitskontrollen und die Tatsache,



dass sich viele der Ziele (Hotels, öffentliche Einrichtungen etc.) mit Betonwänden und speziellem Sicherheitspersonal schützen. Die Anschläge haben sich so in die Randgebiete verlagert. Hier leben zumeist die Ärmsten. Sowohl Al-Qaida und ihr nahestehende sunnitische Extremisten als auch schiitische Extremisten, die mit beiden schiitischen Parteien in der Regierung inoffiziell liiert sind, lassen hier und in den meisten Städten der Republik Irak Bomben hochgehen. Oft explodieren sie an Orten, wo sich viele Menschen der anderen Konfession aufhalten, zum Beispiel auf Märkten. Mehrmals soll es sogar passiert sein, dass bewaffnete Gruppen eine Straße abgesperrt haben und sich dort aufhaltende Menschen der anderen Konfessionen anhand ihrer Namen selektiert und anschließend kaltblütig ermordet haben. Eine terroristische Tat.

Doch ist Bagdad nicht so besiedelt, dass SchiitInnen und SunnitInnen grundsätzlich in getrennten Stadtteilen leben. Wir können nur von Sadr-City als einem konfessionell homogenen Stadtteil sprechen. Hinzu

kommen rund 5% AssyrerInnen mit zumeist christlichem Glauben, die in einigen wenigen Stadtteilen leben.

Mehrere Personen, die ich nach dem Hintergrund der Bombenanschläge frage, sagen, dass mehrere der bestehenden politischen Parteien mit den terroristisch agierenden bewaffneten Untergrundorganisationen eng verzahnt seien. Die sunnitischen Parteien – die sunnitischen AraberInnen sind politisch zersplittert – und die sunnitischen Bewaffneten seien dabei mit Al-Qaida ein Bündnis eingegangen. Dies ist gut möglich, auch angesichts der brutalen Vorgehensweise von Islamischer Staat Irak-Syrien/Levante (ISIS) in Syrien. Den schiitischen Bewaffneten soll neben der Partei von Regierungschef Maliki und Muktada As-Sadr teilweise der Iran beistehen. Da beide Parteien in den letzten Jahren mit dem Iran enger zusammenarbeiten, ist das auch nicht auszuschließen. Außerdem wird von den Gesprächspartnern erwähnt, dass beide Seiten mit der Beibehaltung der Gewalt die Bevölkerung dazu zwingen, in

Konfessionen zu denken. So können sie ihre derzeitige Macht besser legitimieren und die Perspektive auf ein friedlicheres und freieres Leben zurückdrängen. Es muss leider konstatiert werden, dass sie damit bisher weitgehend erfolgreich sind.

Trotzdem gibt es immer mehr Menschen, die sich dieser Logik verschließen, die Gewalt grundsätzlich ablehnen und offen – zwar langsam voran tastend, aber doch sicher – in der Gesellschaft auftreten. Noch sind es zwar eher EinzelkämpferInnen oder kleine Gruppen. Sie beginnen aber eine bedeutende Sympathie von verschiedenen Bevölkerungsteilen zu erhalten. So langsam dieser Prozess bislang auch verläuft, gilt es ihn in der Gesellschaft immer mehr voranzubringen. Das ist ungeheuerlich schwierig angesichts der vielen Waffen und des verbreiteten Hasses, sodass er jederzeit erstickt werden könnte.

Die KurdInnen im Norden des Staates Irak bilden die dritte große Bevölkerungsgruppe, aber sie – genauer gesagt die Kurdistan Regionalregierung – halten sich aus diesem Konflikt heraus. Sie trauen den Islamisten und Nationalisten auf beiden Seiten nicht und haben ihr Land meist unter eigener Kontrolle. Es gibt immer wieder bewaffnete Gruppen, die in Südkurdistan Bombenanschläge verüben – zuletzt am Tag meines Abfluges aus Bagdad – doch das sind vereinzelt Aktionen.

Skuril ist es, durch die Straßen von Bagdad zu fahren. Wir sitzen als internationale Delegation in zwei Kleinbussen und betrachten die Menschen auf den Straßen. Die Begleiter erzählen immer wieder kurz von den Orten, die wir passieren. Zum Beispiel am Freitag vormittag von einem einen Kilometer langen Markt entlang einer großen Straße. Tausende Menschen eilen hin und her, um etwas zu besorgen. Hunderte Händler haben einfach ihre Waren auf ein Tuch, einen Teppich oder ähnliches gelegt; wirklich professionell organisiert sieht das nicht aus. Immer wieder halten wir an, weil Polizisten kontrollieren. In der Regel dürfen wir ohne wirkliche Kontrolle durch, da wir „Ausländer“ sind. Später erfahre ich, dass es daran liegt, dass der Kleinbus

und sein Fahrer von der irakischen Regierung bereitgestellt wurden; eine kleine Unterstützung an die Organisation des Sozialforums. Kurz vor jedem dieser Kontrollposten werden wir daran erinnert, die Kameras zurückzuziehen und nicht zu fotografieren. Wir fahren und sehen, dass es in fast jeder Straße eine Hauslücke gibt, die oft von Schutt überdeckt ist. Ging hier eine Bombe hoch? Oder wurde es 2003 bombardiert und nicht wieder aufgebaut? Die Begleiter sagen hierzu, dass alles möglich ist.

Bagdad ist trotz der 35° Celsius nicht so heiß wie gedacht. Es ist sehr angenehm, eigentlich mein Idealwetter. Hier, mitten in der Wüste (der jährliche Niederschlag beträgt etwa 100 mm) ist es überhaupt nicht schwül, nachts brauchen wir eine mitteldicke Decke, um nicht zu frieren. Abends müssen wir unsere Jacken tragen, wenn wir uns draußen aufhalten.

Wir sind auf dem Gelände der Universität von Bagdad, der größten Hochschule des Staates mit schönen Grünanlagen und großzügig bemessenem Platz. Hier findet die Eröffnungsfeier des Irakischen Sozialforums mit einigen hundert Menschen statt. Im Vergleich zu anderen Sozialforen – wie dem Mesopotamischen Sozialforum in Amed 2011 und 2009 – ist es deutlich kleiner, aber es handelt sich um einen Staat in bürgerkriegsähnlichem Zustand und mit schwach entwickelter Zivilgesellschaft. Die Atmosphäre ist sehr angenehm. Wir klatschen, als etwa 50 Läufer vom Rennen nach ihrem 5 km Lauf einlaufen. Gleich anschließend gibt es gut gelaunte Musik von drei Personen, die orientalische und europäische Musik mischen; manches ist nicht so gelungen, was die Menschen allerdings überhaupt nicht stört. Dann kommen die Reden von verschiedenen Personen. Hier tritt eine Schwäche des Sozialforums zutage. Nur eine Person spricht für die lokalen Organisatoren und das relativ kurz. Den Aussagen dieser Rede ist grundsätzlich nicht zu widersprechen. Doch es sollten mehr lokale Organisationen die Gelegenheit haben, eigene Inhalte zu vertreten. Dies ist auch ein Ausdruck ihres

fehlenden Selbstvertrauens und der zu wenig durchgeführten inhaltlichen Diskussionen. Sie halten sich manchmal sehr zurück in ihren Ausführungen und Forderungen. Hierin zeigt sich auch eine viel zu kurz kommende Perspektive für eine friedliche, demokratische und partizipative Gesellschaft und fehlende Kritik an den sozialen Verhältnissen.

Stattdessen wurde internationalen TeilnehmerInnen viel zu viel Rede recht eingeräumt. Zweifellos sollten internationale TeilnehmerInnen als Ausdruck der internationalen Solidarität sprechen, aber nicht 90% der Zeit. Auch sollten sie die Bedingungen vor Ort kennen und das Forum nicht zur arroganten Selbstpräsentation und für ihre eurozentrischen Selbstverherrlichung nutzen. So sprach eine Europäerin, dass der weltweite Sozialforumsprozess u.a. Alternativen für eine neue Energiepolitik in die Diskussion bringt – was an sich richtig ist – und – jetzt kommt es – sie mit ihrem Ehemann auf ihrem Dach Solarzellen installiert hätte. So würde sie ihren Beitrag für eine alternative Energiepolitik leisten. Die ZuhörerInnen waren zumeist junge Menschen aus Bagdad, die sich unter schwierigen sozialen Verhältnissen eine soziale Perspektive aufbauen wollen und dem Sog der Gewalt und Teilung der Gesellschaft zu widersetzen versuchen. Es ist schwierig in Worte zu fassen, wie unpassend diese Rede der Europäerin war.

Mich persönlich begeisterten die Tänze einer assyrischen Gruppe auf der Eröffnungsfeier. Zwei der fünf Tänze (u.a. Şexanî) gibt es auch in Kurdistan, was die vielen Gemeinsamkeiten mit den diversen Kulturen des Mittleren Ostens zeigt. Als ich mit einem der Tänzer spreche, erfahre ich aber auch, dass die AssyrerInnen in Bagdad und im ganzen Irak der Gewalt schutzlos ausgeliefert sind. In den letzten zehn Jahren ist die Hälfte von ihnen ausgewandert.

Am zweiten Tag freuen wir uns, das endlich die Veranstaltungen beginnen. Wir wollen zuhören und mitdiskutieren. Trotz des bei Sozialforen üblichen Chaos sind die Veranstaltungen spannend, leiden aber oft unter Zeitdruck. Ein Blick auf das Programm zeigt, wie dominant das Gewaltthema war. Die rohe



Gewalt zu kritisieren, die im Irak keineswegs etwas Emanzipatorisches beinhaltet und die Gesellschaft von innen zu zersetzen droht, war den neuen und wenigen lokalen AktivistInnen sehr wichtig.

Nach der ersten Veranstaltungsreihe begeben wir uns in einer Gruppe in die zweite Anlage des Sozialforums, wo Infostände und eine Bühne aufgebaut sind. Eine Runde um die Infostände zeigt, wie sich die Zivilgesellschaft langsam entwickelt. Drei Gruppen arbeiten mit Kindern, um ihnen eine tolerantes und gewaltfreies Leben mit auf den Weg zu geben. Die Organisation „Iraqi Builders“ vereint in sich Ingenieure, Handwerker und Techniker und baut auf freiwilliger Basis die Infrastruktur für die Ärmsten dieser Gesellschaft mit auf. Anderen Gruppen ist es wichtig, dass verschiedene Ethnien und Religionen friedlich zusammenkommen und den religiösen Extremisten und Nationalisten etwas entgegensetzen.

Leider endete das Sozialforum aus Sicherheitsgründen bereits um 15 Uhr. So mussten wir wieder zurück ins Hotel. Wir wurden de

facto von den Einheimischen getrennt und hatten leider nur noch zu drei bis vier Begleitern Kontakt. Am Abend gab es noch die freudige Nachricht, dass sich 2000 Personen angemeldet hatten. Deutlich mehr Interesse als erwartet.

Am zweiten Tag findet gemeinsam mit irakischen Partnerorganisationen eine Veranstaltung zum Tigris Fluss und gegen den Ilisu-Staudamm statt. Wir diskutieren über juristische Möglichkeiten, gegen den bereits im Bau befindlichen Staudamm vorzugehen, sowohl innerhalb des Irak als auch vor allem auf internationaler Ebene. Dass dieses Projekt dramatische ökologische und soziale Zerstörungen für KurdInnen, AraberInnen, AssyrerInnen und andere zur Folge haben würde, ist allen klar. Klar ist ebenso, dass vor uns schwierige Jahre liegen. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, den Ilisu-Staudamm, den Inbegriff der ökologischen, sozialen und kulturellen Zerstörung, zu stoppen.

Das Problem im Irak liegt bei diesem Projekt darin, dass die Menschen ihre Zentralregierung nicht ausreichend unter Druck setzen, damit sie gegenüber der Türkei protestiert und international die Türkei kritisiert. Diese Regierung unternimmt nichts, aber dafür sollten die internen Konflikte im Irak keine Ausrede sein.

Am Ende der Veranstaltung steht ein Mann auf und liest ein Gedicht vor, das er während der Veranstaltung geschrieben hatte und zwar für die AktivistInnen in Nordkurdistan. Das ist ein bewegender Moment. Fünf Minuten später erinnere ich mich an die Aussage einer Freundin, wonach das Gedicht in der arabischen Sprachwelt eine viel gewichtigere Rolle als in Kurdistan, im Iran und Anatolien habe.

Gleich neben dem Kulturzentrum Bagdad, dem Ort des Sozialforums, fließt der Tigris. Er ist mächtig, breit und langsam. Wenn wir am Tigris stehen, ist es fast wie an einem See oder gar am Meer. Eine große Wasserfläche, die sich in zwei Richtungen kilometerlang erstreckt. Es ist überhaupt nicht zu vergleichen mit dem deutlich kleineren Tigris

in Nordkurdistan, wo ihn Berge umgeben und er sich teilweise wild fortbewegt. Wir sind hier in Mittelmiesopotamien, nicht weit weg von den südmesopotamischen Sümpfen mit ihren vielen Armen, die im Einzugsgebiet des Tigris die größten Verlierer der wahnsinnigen Talsperrenprojekte wären. Flusswasser ist so bedeutend, das es für uns in Europa nicht richtig vorstellbar ist. Wir haben über die meisten Monate Niederschlag und eine ausreichende Vegetation, um uns versorgen zu können. Doch wenn im Irak der Fluss abgegraben ist, geht gar nichts mehr. Dann ist alles verwüstet und trocknet aus. Das Leben endet und alle Menschen müssten weg - dorthin, wo Wasser ist.

Eine weitere interessante Diskussion führe ich mit einem ägyptischen und einem palästinensischen AktivistIn. Der Mensch aus Ägypten sagt, dass er den Militärputsch nicht befürworten kann, auch wenn er ein entschiedener Gegner der Muslimbrüder war und ist. Die Tamaroud-Bewegung, die in den Tagen vor dem Militärputsch protestiert hatte, sei von den Anhänger des alten Regimes und des Militärs getragen. Die Kreise, welche die Revolution vor zwei Jahren getragen hatten, waren daran nicht beteiligt. Dem entgegnet der Palästinenser, dass die Muslimbrüder Pläne hatten, innerhalb von zwei oder drei Jahre alle Institutionen zu unterwandern – die AKP hatte dafür zehn Jahre gebraucht – und anschließend das parlamentarische System abzuschaffen und ein islamistisches Regime auszurufen. Mindestens so schlimm wie im Iran. Daher ist er nicht so negativ gegenüber dem Militärputsch eingestellt, auch wenn es keine wirkliche Option sei.

Der Ägypter schüttelt den Kopf und fügt hinzu, dass ihnen die Revolution gestohlen wurde, was auch an ihnen selbst liegt. Nun müssten sie sich wieder aufbauen und in vielleicht fünf Jahren die Revolution fortsetzen.

Eine Tunesierin überrascht mich, als sie mir erzählt, dass sie die AKP bewundere und Erdogan liebte. Es dauert zwei Tage, dann kam sie unter Verwendung von vielen Argumenten und Fakten von ihrer Meinung ab.

Allerdings nicht von ihrer Liebe zu Istanbul. Sie wolle unbedingt Istanbul besuchen und vielleicht sogar zeitweise dort leben. Genauso wie viele einheimische junge Menschen in Bagdad. Als sie erfahren, woher ich komme und welche Bewegung ich vertrete, schwärmen sie mit großen Augen von Istanbul, sofern sie es besucht hatten, oder erklären aufgeregt, dass sie Istanbul besichtigen wollen. Ich gebe ihnen mit auf den Weg, die Widersprüche dieser Megastadt nicht zu übersehen und die Arroganz und Brutalität des jetzigen Regimes zu beobachten. Die meisten

Erklärung zur EEG Novelle aus Mecklenburg-Vorpommern

Mehr Klimaschutz und ein schneller Ausstieg aus der Atomkraft erfordern neben der Senkung des Energieverbrauchs den dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien (EE). Der erreichte Zubau von EE muss vertieft und weiter ausgebaut werden. Die dabei erreichten und erreichbaren Kostensenkungen bei den EE ermöglichen in Zukunft nicht nur eine umweltfreundliche und unabhängige Energieversorgung, sondern auch eine zunehmend preiswertere Versorgung.

Das Ziel der Vollversorgung durch EE muss spätestens bis 2050 erreicht werden!

Wir begrüßen eine Weiterentwicklung des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG). Einige Punkte im aktuellen Gesetzentwurf (Eckpunktepapier) des BMWI von Bundesminister Gabriel zur Reform des EEG gefährden jedoch den Ausbau der EE. Darüber hinaus werden Potentiale zur Kostensenkung der EE und Reduzierung der EEG-Umlage teilweise nicht berücksichtigt.

Wir lehnen alle Regelungen ab, die Bürger- und Kommunalprojekte massiv in Frage stellen, da diese von zentraler Bedeutung für die Akzeptanz der Energiewende sind.

Aus diesem Grund haben sich am 22. Februar 2014 eine Vielzahl von Interessenvertretern aus Mecklenburg Vorpommern verständigt, folgendes zu fordern:

der GesprächspartnerInnen hören genau zu, da sie von den Protesten zum Gezi Park und von der Gewalt des Staates gelesen haben. Auch ist ihnen bewusst, dass dieser Staat den Ilisu-Staudamm baut und den BewohnerInnen Mittel- und Untermesopotamiens das Wasser wegzunehmen beabsichtigt.

Wenige und eingeschränkte, aber eindrucksvolle Tage in Bagdad lasse ich hinter mir, als ich zum Flughafen fahre und insgesamt fünf Kontrollen passieren muss.

Ercan Ayboğa

1. Verzicht auf den restriktiven Zubaudeckel und Einführung einer standortgerechten Vergütung:
 - kraftvoller Photovoltaikzubau, insbesondere weil die EEG Umlage dadurch kaum noch belastet wird (derzeit pro GWp Zubau nur 0,019 €/ct)
 - Wind Onshore sehen wir weiter als zentralen und kostengünstigen Baustein der Energiewende.
 - eine Deckelung im Bereich Onshore Windenergie wird abgelehnt, da bereits eine Begrenzung durch die begrenzt vorhandenen Standorte erfolgt und zusätzlicher Bedarf für Power-to-Gas und Power-to-Heat nicht berücksichtigt wird.
 - Bioenergie ist z.B. als Regelenergie eine Grundlage für die Energiewende. Ein weiterer Zubau ist deshalb erforderlich.
2. Der „atmende“ Deckel soll abgeschafft werden und durch eine Basisdegression, die an die technologische Lernkurve angepasst ist, ersetzt werden. Ein wirtschaftlich tragfähiger Einsatz der EE muss gewährleistet sein.
3. Beibehalten des Einspeisevorrangs für die EE.

4. Keine verpflichtende Direktvermarktung, da sich dieses Instrument nicht bewährt hat. Sie schafft eine zusätzliche Ebene zwischen Erzeugern und Netzbetreibern, die Kosten und Planungsrisiken verursacht. Keine Behinderung von Bürgerbeteiligungsanlagen durch Vermarktungszwang usw.
5. Keine Belastung des Eigenverbrauchs, bzw. eine sinnvolle Bagatellgrenze bei mindestens 500 MWp.
6. Kein Systemwechsel zu Ausschreibungen, da sich dieses Instrument nicht bewährt hat. Es ist zu unflexibel und zu teuer, wie die Erfahrungen im Ausland gezeigt haben.
7. EE-Verbundkraftwerke, EE-Nahstromversorgung, (Bio)Energiedörfer müssen weiter ausgebaut und gefördert werden.
8. Bestands- und Vertrauensschutz: keine rückwirkende Änderungen und eine ausreichende Vertrauensschutzregelung für Neuanlagen.
9. Ausnahmeregelungen der EEG Umlage auf den Stand von vor fünf Jahren zurück führen. Damit ist das EEG auch wieder EU-konform.

Solarzentrum MV
Wietow, den 22.02.2014

Atomtransporte durch Hamburg

Auch nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs Bremen zum Atom-Umschlagsverbot in den dortigen Häfen von Mitte Juni des letzten Jahres, indem die Richter eine Klage der CDU gegen das Gesetz als unzulässig abgewiesen und sich für nicht zuständig erklärten, somit die Regelung unverändert in Kraft bleibt ist im Umweltausschuss der hamburgischen Bürgerschaft noch eine Entscheidung, wie zukünftig mit Nukleartransporten durch den Hafen umzugehen sein wird anhängig.

Erstunterzeichner:

- Andre Schmidt, Thomas Rudolph Vorstände Solarverband MV
- Arp Fittschen, Leiter Kommunalberatungsstelle Energiewende
- Dr. Brigitte Schmidt, Eurosolar- Regionalgruppe MV; Vorstand Eurosolar e.V.; Solarinitiative
- MV e.V.
- Dr. Ditmar Schmidt, Vorsitzender Solarinitiative MV e.V./Solarzentrum MV
- Prof. Dr. Fritz Tack, MdL DIE LINKE
- Dr. Horst Ludley, Fachverband Biogas e.V., Regionalgruppe MV
- Johann- Georg Jaeger, MdL Bündnis 90/Die Grünen
- Jürgen Reysa, DIE LINKE
- Siegfried Niemann, Gründungsmitglied der Solarinitiative MV e.V.
- Dr. Olaf Schätzchen, DorfKERN Konsortium für Entwicklung durch Regionalität und Nachhaltigkeit, Bollewick
- Rudolf Borchert, SPD MdL
- Ulrich Söffker, BUND-Projekt Energiewende MV
- Prof. Dr. Wolfgang Methling, Landesumweltminister a. D.; Akademie für Nachhaltige Entwicklung MV; Vorstand Eurosolar

Hamburg ist ein Drehkreuz der deutschen Atomtransporte. Mehrfach pro Woche finden auch weiterhin derartige Transporte radioaktiver Stoffe durch Hamburg statt, ja nehmen trotz Stilllegungen deutscher Atomkraftwerke laut Beobachtungen atom-kritischer Bürgerinnen und Bürger weiter zu. Vielfach sind die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau sowie die Brennelementefabrik in Lingen das innerdeutsche Ziel.

Aus der Fraktion DIE LINKE gibt es seit Jahren diverse Kleine Anfragen zum Themenkomplex. Zuletzt wurde in der Drs. 20/9883 im Herbst 2013 nach den über den Hafen gehen den Atomtransporten durch Hamburg gefragt.

Um der interessierten Öffentlichkeit weiterhin möglichst vollständige Zahlen über Anzahl, Art und Umfang der Atomtransporte durch Hamburg verfügbar zu machen, stellen wir mit dieser Schriftlichen Kleinen Anfrage zum 14. Mal dem Senat Fragen zum Themenkomplex.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat

bezogen auf Transporte von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in und aus dem Hamburger Hafen sowie durch das Hamburger Stadtgebiet ab dem 09.11.2013 bis zum Zeitpunkt der Bearbeitung dieser Schriftlichen Kleinen Anfrage:

1. Wann erfolgten Transporte von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen (bitte Datum des Eingangs bzw. Ausgangs soweit vorhanden)?
2. Um welche beförderten Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe handelte es sich dabei jeweils?
3. In welchem Umfang und welcher Menge sind Kernbrennstoffe und sonstige radioaktive Stoffe jeweils transportiert worden (bitte Angabe im passenden Maß)?
4. Wie hoch war die jeweilige Aktivität der Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe (bitte Angabe im passenden Maß)?
5. Wie wurden die Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe jeweils klassifiziert?
6. Welche Art von Behältern wurde zum Transport der Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe jeweils verwendet (bitte genaue Typen-Kennung der Behälter angeben)?
7. Welche Beförderungsmittel (z.B. Schiff, Bahn oder Lkw) wurden zum Transport der Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe jeweils verwendet?
8. Wo wurden die Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe jeweils umgeladen?
9. Wie lange wurden die Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe jeweils gelagert?
10. Wer war der jeweilige Absender (Firma mit Ortsangabe) der Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe (bitte über die Antwort des Senats in der Anlage zur Drs.20/1354 hinaus auch bei den sonstigen radioaktiven Stoffen, so möglich, benennen)?
11. Wer war der jeweilige Empfänger (Firma mit Ortsangabe) der Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe (bitte in der Anlage auch bei den sonstigen radioaktiven Stoffen benennen, so möglich)?

Bezogen auf zukünftige Transporte von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in und aus dem Hafen Hamburg sowie durch das Hamburger Stadtgebiet fragen wir soweit Meldungen vorliegen:

12. In der Beantwortung der Frage 12 der Drs. 20/9883 führte der Senat aus, in Hamburg habe es bis zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage nur ein Transportunternehmen, welches bei der hamburgischen Genehmigungsbehörde (Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz) einen Antrag auf Zulassung zur Beförderung „sonstiger radioaktiver Stoffe“ gestellt habe, gegeben. Dabei handelt es sich um Vattenfall Europe Business Services GmbH, der eine Erlaubnis erteilt worden sei. Hat es seit Beginn des Novembers weitere Antragstellungen/Genehmigungen gegeben? Wenn ja, bitte die Unternehmen auflisten.
13. In der der Drs. 20/9883 beiliegenden Anlage 1 teilte der Senat in Beantwortung der Frage 13 dieser Drs. zwei für das Atomkraftwerk Brokdorf bestimmte Transporte von MOX-Brennelementen für den Mai 2013 mit. Sind dem Senat mittlerweile weitere bekannt und welche Informationen aus dem BFS zu eventuell noch kommenden hat der Senat für Hamburg als Transitland vorliegen?

14. Wie viele und welche gültige Genehmigungen für den Transport radioaktiver Stoffe liegen der Umweltbehörde derzeit vor? Bitte auflisten mit Genehmigungsnummer, Beginn und Ende der Genehmigungsdauer,

maximale zulässige Transportzahl und Menge (in Kilogramm oder Tonnen), Absender und Empfänger, Transportmittel und Art des Stoffes sowie die Behälterbezeichnung.

Dora Heyenn und Christiane Schneider

Vorwort zur Studie zum EURATOM-Vertrag von Patricia Lorenz

Wir brauchen in Europa dringend eine öffentliche Diskussion über den EURATOM-Vertrag. Von der Öffentlichkeit weithin unbemerkt, regelt der Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) seit über 50 Jahren die Förderung und Verbreitung der Atomenergie in Europa.

Mitglieder von EURATOM sind alle EU-Mitgliedstaaten. Sie zahlen Beiträge, die zur Förderung von Atomforschung und -nutzung verwendet werden, u.a. in Form von Krediten und Subventionen für die Atomwirtschaft. Dabei nutzt die Hälfte der EURATOM-Mitglieder Atomenergie schon jetzt nicht. Nur ein Drittel der Mitgliedsstaaten will dauerhaft Atomstrom produzieren lassen.

EURATOM ist ein Atomfördervertrag und ein energiepolitischer Dinosaurier. 1957 beschlossen, hat sich der Vertrag der Atomgemeinschaft selbst überholt. Die Vision einer friedlichen Nutzung der Kernenergie, die „zum Wohlstand der Völker beiträgt“ und „Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Völker ausschließt“ (Präambel EURATOM-Vertrag), war von Anfang an eine falsche Vorspiegelung. Die Wirklichkeit zeigte sich in Tschernobyl und zeigt sich im anhaltenden Super GAU in Fukushima.

Die „Europäische Atomgemeinschaft“ hat nicht zur Sicherheit der Atomenergie beigetragen. Wie diese Studie zeigt, enthält der EURATOM-Vertrag keine Regelung zur nuklearen Sicherheit. Vielmehr entzieht der EURATOM-Vertrag die Sicherheit von nuklearen Anlagen der demokratischen Kontrolle des

EU-Parlaments und der nationalen Parlamente. Dieser Vertrag hat im Gegenteil über ein halbes Jahrhundert mit Milliarden und Abermilliarden Euro die Entwicklung einer im Störfall todbringenden Technologie gefördert. Allein von 2007 bis 2013 wurden für die Forschung an der Vergangenheitstechnologie durch EURATOM 3,851 Milliarden Euro bereitgestellt. Während die EU-Wettbewerbschüter sonst bemüht sind, staatliche Subventionspolitik zu unterbinden, wird das Überleben der Atomwirtschaft mit Steuermitteln garantiert.

Unter den europäischen Verträgen ist der EURATOM-Vertrag der gegen Veränderungen resistenteste. Faktisch wurde seit seinem Inkrafttreten nichts Substanzielles verändert. Und obwohl EURATOM als eigenständige Gemeinschaft mit der EU alle Organe teilt, gibt es keine demokratische Kontrolle. Das EU-Parlament hat lediglich eine Konsultativfunktion, jedoch kein Mitsprache- oder Kontrollrecht in der Atomgesetzgebung, die auf dem EURATOM-Vertrag beruht. Die Atomindustrie wird auf diese Weise vor demokratischer Regulierung geschützt.

DIE LINKE fordert die Auflösung der „Europäischen Atomgemeinschaft“. Die Förderung der Atomenergie als grundlegende Funktion des EURATOM-Vertrags steht allen Reformen im Weg. Die Mitgliedstaaten der EU sollten hier für eine Revisionskonferenz einberufen. Aufgrund des deutschen Atomausstiegs sollte die Bundesregierung den EURATOM-Vertrag einseitig kündigen, falls sich diese Forderung nicht durchsetzt.

Sabine Wils

Subventionierung der Größtverbraucher-Strompreise und internationale Konkurrenzfähigkeit

Der neu erschienene World Energy Outlook WEO 2013 der Internationalen Energieagentur IEA¹ stellt in einem besonderen Kapitel die Frage, wie die Energiepreise und die internationale Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zusammen hängen. Er konstatiert dabei, dass das Energiepreisniveau (die Preise für Strom und Brennstoffe) für industrielle Verbraucher in der EU, in Japan und in China rund doppelt so hoch liegt wie in den USA, und warnt, dass Japan und die EU in Zukunft niedrigere Anteile am Weltmarkt bei energieintensiven Waren hinnehmen müssten.

Dagegen könnten die Konzerne in den USA aufgrund ihrer niedrigeren Energiekosten ihren Weltmarktanteil erhöhen. Das schüttet Wasser auf die rhetorischen Mühlen des EU-Energiekommissars Oettinger, der seit langem nicht müde wird, niedrigstmögliche Energiepreise für die EU-Konzerne zu fordern. Dass die Konzerne der energieintensiven Branchen (vor allem Stahl, Nicht-Eisen-Metalle, Teile der Chemie, Papier- und Glasherstellung) dies immer schon und heute verstärkt fordern, muss wirklich nicht verwundern.

Anteil am Weltexport von energieintensiven Waren in %			
	heute	Veränderung	2035
EU	36	- 10	26
USA	10	+ 1	11
Japan	7	- 3	4
China	7	+ 3	10
Andere	40	+ 9	49
Quelle: IEA, World Energy Outlook 2013			

1 isw-Kommentar hierzu:
www.isw-muenchen/iea-kfk-fg20131203.pdf

Industrielle Strompreise und gesellschaftliche Subvention

Ich konzentriere mich im Folgenden auf die Strompreise und Stromkosten – dem mit Abstand größten Energiekostenblock in der Industrie².

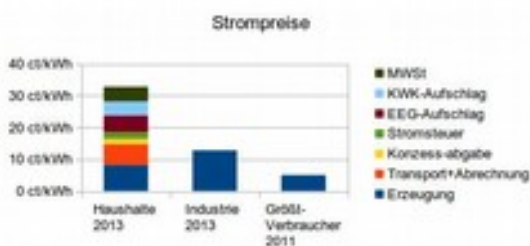
In der Grafik sind die Strompreise für die wichtigen Abnehmergruppen in Deutschland dargestellt. Haushalte zahlen ohne Mehrwertsteuer um die 25 ct/kWh. Die übliche Jahresmenge liegt bei 2.000 bis 4.000 kWh. Grundgebühren, Zählerkosten etc. kommen noch hinzu. Von diesen 25 ct/kWh beruhen 15 ct/kWh auf den Erzeugungs- und Verteilungskosten und annähernd 10 ct/kWh auf politisch beschlossenen Steuern/Belastungen, wobei die Energiewende hier nur mit 5,7 ct/kWh zu Buche schlägt (Stromsteuer und Konzessionsabgabe existieren schon lange).

Im Vergleich dazu zahlt der normale Industrieabnehmer (Mittelstand und nicht energieintensive größere Unternehmen) um die 12,8 ct/kWh. Eine statistische Aufteilung des Preises ist leider nicht verfügbar. Die politischen Aufschläge machen aber sehr viel weniger aus, so dass die verrechneten Erzeugungs-/Verteilungskosten wohl bei gut 11 ct/kWh liegen dürften. Ein solcher Abnehmer kommt auf einen Stromverbrauch von etwa 2 bis 20 Mio. kWh.

Demgegenüber der industrielle Größtverbraucher: Die Betriebe der Stahlkocher, Aluschmelzer, Papiermühlen, Grundchemikalien-Hersteller verbrauchen jeweils ca. eine ganze Milliarde kWh pro Jahr, zigfach mehr als die Betriebe von Siemens, BMW oder anderen Konzernen. Das BASF-Werk Ludwigshafen gilt mit einem vermutlichen Stromverbrauch von rund 5 Mrd. kWh als der größte deutsche Stromverbraucher (fast 1 % des gesamten deutschen Verbrauchs). Der Strompreis für solche Verbraucher wird von den

2 Beim Gaspreis gilt grundsätzlich dasselbe wie beim Strom.

üblichen Statistiken überhaupt nicht erfasst. So wie es keine offizielle Vermögensstatistik gibt (die auf einer Abfrage an der Quelle beruht), um den Herrschenden nicht zu nahe zu treten, so bleiben auch diese Strompreise grundsätzlich unabgefragt. Das BMWi gibt nun, beruhend auf Sonderanalysen, einen Betrag von 5 ct/kWh für diesen Verbraucherkreis an: ein Fünftel des Haushaltspreises und immer noch deutlich weniger als die Hälfte dessen, was die "normalen" Industriellen zahlen³.



Quellen: Haushalte: Agentur für erneuerbare Energie, www.unendlich-viel-energie.de Industrie: Statistisches Bundesamt (von eurostat): Preise.Daten zur Energiepreisentwicklung Größtverbraucher: Bundesministerium für Wirtschaft: Energie in Deutschland

Wie ist das möglich? Machen die Stromkonzerne (Stadtwerke sind hier nicht mehr unter den Lieferanten zu finden) angesichts der extremen Nachfragemacht dieser Verbrauchergiganten hier riesige Verluste? Wohl nicht. Diese Preisverzerrung ist nur möglich, indem diesen Größtverbrauchern der billigste erzeugbare Strom aus alten abgeschriebenen Kohle- und Atomkraftwerken zugeordnet wird, während alle anderen Verbraucher (die mit keiner oder nur mit einer minimalen Marktmacht beeindruckt werden können) rein kalkulatorisch den teurer erzeugten Strom beziehen, etwa aus neueren und technisch anspruchsvollen Gaskraftwerken, Windstrom und Solarstrom.

Eine solche Reservierung, unter den gegebenen Marktmachtverhältnissen, des absolut

³ Seit 2011 dürften diese Preise eher gefallen als gestiegen sein. Zumindest liegen die Großhandelspreise an der Leipziger Energiebörse, die einen wichtigen Orientierungspunkt für die Sonderabnehmerpreise darstellen, derzeit niedriger als jemals seit 2005 (BMW: Energie in Deutschland).

billigsten Stromes für die Größtverbraucher bedeutet aus gesellschaftlicher Sicht eine riesige Subvention, eine riesige Kostenvergünstigung in Höhe von vielen Mrd. Euro zu Lasten aller anderen Verbraucher. Hier wird ganz deutlich, dass der Strommarkt (wie auch die meisten anderen Märkte) durch die gegeneinander gerichtete Marktkonkurrenz von völlig unterschiedlich mächtigen Marktteilnehmern geprägt wird. Hinzu kommt noch, nach Einschätzung der politisch Herrschenden, dass der Billigst-Erzeugerpreis noch nicht reicht, und dass daher Aluminium, Kupfer, Elektro Stahl, die Chlorchemie darüber hinaus durch den Wegfall jeglicher energiepolitisch bedingter Strompreisaufschläge noch zusätzlich und drastisch subventioniert werden müssen. Das geht von der Stromsteuer, EEG-Aufschlag usw. bis hin zur unglaublich überreichlichen und kostenlosen Zuteilung der CO₂-Emissionszertifikate⁴, deren Handel und Verkauf zu einem netten Nebenverdienst der Größtverbraucherkonzerne führte. Nach einer Untersuchung der Rosa-Luxemburg-Stiftung führten diese politischen Machenschaften schon vor einigen Jahren zu einer Subvention in Höhe von 10 Mrd. Euro bzw. zu einer entsprechenden Mehrbelastung der Nicht-Subventionierten. Hier ist, dies nur als Anmerkung, noch nichts gesagt zu den Schäden, die aus dem Verbrauch jeder einzelnen Kilowattstunde resultieren: die Klimakatastrophe, die atomaren Risiken, der Raubbau an endlichen Energiestoffen.

Wie sinnvoll ist die extreme Subventionierung der Stromintensiven?

Eine starke Marktmacht bedeutet noch nicht, dass ein sinnvolles Produkt hergestellt wird; eine hohe Subvention beweist nicht, dass der Produktionsstandort der bestmögliche ist.

Eine schon ältere Untersuchung des IAW beschäftigte sich mit der Konzentration des Stromverbrauchs in der Wirtschaft (report 41

⁴ Überschüssige Zertifikate in Höhe von 2 Mrd. Tonnen CO₂ schwirren in der EU rum, das Fünffache des regulären Jahresbedarfs in Deutschland.

vom November 1999: „Atomwirtschaft – wohin?“). Die Daten damals stammten aus der Mitte der 1990er Jahre, aber es gibt keinen Grund zur Annahme, dass das heute wesentlich anders ist. Damals entfielen auf die 70 % der am wenigsten stromintensiven Wirtschaft 20 % des Stromverbrauchs in der Wirtschaft. Ähnlich viel (genau 22 %) des Stromverbrauchs entfielen auch auf das stromintensivste 1 % der Wirtschaft. 70 % und mehr der Wirtschaft (abgesehen von den Haushalten) zahlen also überhöhte Strompreise dafür, dass Marktmacht und Politik dem winzigen Segment der Aluschmelzer und Chlorchemiker usw. einen radikal herunter subventionierten Strompreis bieten können. In der Sprache der Standorttheoretiker, und angenommen, dass die Strompreise die Konkurrenzfähigkeit beeinflussen: Branchen mit zig Millionen Beschäftigten müssen also ihre internationale Konkurrenzfähigkeit etwas reduzieren, um die Konkurrenzfähigkeit einiger menschenleerer Fabriken⁵ zu steigern.

Weiter im Gedankengebäude der Standorttheoretiker: Belegt durch eine Vielzahl von Untersuchungen weiß man, dass die Konkurrenzfähigkeit von Produkten aus hoch technologisierten Industrieländern wie Deutschland in erster Linie positiv beeinflusst wird durch eine hohe Forschungsintensität und durch einen hohen Bedarf an qualifizierten Beschäftigten, was zusammen zu einer hohen Produktivität führt. Demgegenüber zeichnen sich die stromintensiven fast immer durch eine sehr hohe Rohstoffabhängigkeit aus: nicht nur hinsichtlich der Energiestoffe für den Strominput, sondern sie sind praktisch der Erstverarbeiter der Rohstoffe Eisen, Bauxit, Kupfer, Öl, Holz usw. Die erste Bearbeitung von geförderten Rohstoffen ist aber am besten nicht in einem High-Tech-Land angesiedelt, sondern im Rohstoffförderland. Dort oder in Ländern mit von Natur aus günstiger und schadstoffarmer Strom

erzeugung müssen Rohstoffe bearbeitet und weiter verarbeitet werden. Hierzulande dagegen wäre es viel sinnvoller, die Subvention der stromintensiven in Ausbildung und in demokratisch gesteuerte Forschungsförderung umzuleiten.

Daraus ergibt sich die folgende Forderung in der Kritik der kapitalistischen Globalisierung: Die Ansiedlung von Firmen und Produktionsstätten darf – so illusionär das zunächst unter den heute herrschenden Umständen noch ist – nicht länger den Märkten und einer Politik der Protegierung der „eigenen“ Konzerne überlassen werden. Mit einer international abgestimmten Standortpolitik und Technologiepolitik müsste man den marktbedingten Ungleichgewichten entgegen arbeiten. Insbesondere muss die Weiterverarbeitung geförderter Rohstoffe vor Ort die grundsätzlich bevorzugte Vorgehensweise werden: Dadurch würde der Transportaufwand reduziert. Denn verarbeitete Rohstoffe sind viel weniger voluminös als Erze und daher energiesparender transportierbar. Und es würde der Industrieaufbau in armen Ländern unterstützt.

P.S. Zum Ergebnis der IEA hinsichtlich der Auswirkungen hoher/niedriger Strompreise auf die Exporterfolge (siehe die Tabelle am Anfang): Laut IEA werden sich die Energiepreise in der EU, in Japan und China bis 2035 den Preisen in den USA etwas annähern, aber sie werden immer noch durchwegs doppelt so hoch bleiben. Während nun, wie schon vermerkt, die EU und Japan einen Rückgang ihres Weltmarktanteils um rund ein Drittel hinnehmen müssen, können die USA ihren Anteil etwas ausdehnen. Ihr Anteil bleibt aber, trotz des riesigen Energiekostenvorteils, immer noch deutlich unter der Hälfte des EU-Anteils. Und vor allem kann China, trotz ebenfalls sehr hoher Energiepreise, seinen Weltmarktanteil ausdehnen, viel stärker sogar als die USA. Es muss also außer den Energiepreisen doch noch etwas anderes geben, das Weltmarkterfolge beeinflusst.

Franz Garnreiter

5 Bei den Energieintensiven handelt es sich fast immer um sehr kapitalintensive und hoch automatisierte Großanlagen mit sehr wenig Beschäftigten.

Jubiläum: 30 Jahre „Stichwort BAYER“

Gegenmacht zu Konzern-Propaganda

Im Dezember 1983 erschien die erste Ausgabe von *Stichwort BAYER (SWB)*. Auch dreißig Jahre später ist *Stichwort BAYER* die einzige Zeitschrift, die kontinuierlich die Schattenseiten eines großen Konzerns beleuchtet. Die Auflage des Magazins liegt gegenwärtig bei 5.300, die Erscheinungsweise ist vierteljährlich.

„Zwar hat sich am Erscheinungsbild einiges geändert, doch viele Themen sind über die Jahrzehnte hinweg die gleichen geblieben: Störfälle, Pestizidvergiftungen, risikoreiche Pharmaprodukte oder die ungezügelt Macht großer Konzerne beschäftigten uns damals wie heute“, so Chefredakteur Jan Pehrke.

Zum Geburtstag hat sich die Redaktion selbst ein Geschenk gemacht: damit auch künftige Generationen die „Chronique Scandaleuse“ eines der größten Konzerne der Welt lückenlos rekonstruieren können, wurden sämtliche Ausgaben digitalisiert und ab heute unter www.stichwort-bayer.de online gestellt. Insgesamt sind rund 130 Hefte abrufbar.

Axel Köhler-Schnura, Redaktionsmitglied seit 1983: „*Stichwort BAYER* ist David gegen Goliath. Gegen die mächtige Propaganda-Maschine des BAYER-Konzerns eine mutige Stimme gegen Profit und Konzernverbrechen. Eine Stimme, die unerschrocken den Missbrauch von Konzernmacht anprangert. Eine Stimme, die die Schuld der Verantwortlichen im Konzern - des Managements und der Großaktionäre - anprangert und öffentliche Rechenschaft verlangt. *Stichwort BAYER* ist ein starkes Stück Demokratie.“

Bestand das Magazin zunächst aus acht mit der Schreibmaschine geschriebenen Seiten, so liegt der Umfang heute bei 32 Seiten. Hinzu kommt die 16-seitige Beilage *Ticker* mit Kurzmeldungen sowie unregelmäßig beigeheftete, bis zu 20 Seiten starke Dossiers. Herausgeber ist die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* e.V. (CBG).



Schwierig ist die Finanzierung des Projekts: kommerzielle Anzeigen, mit denen sich die meisten Zeitschriften hauptsächlich finanzieren, erhält *Stichwort BAYER* nicht. Allein über die jährliche Abo-Gebühr von 30 Euro lassen sich die Kosten für Recherche, Druck und Layout nicht stemmen. Das Heft stellt für die CBG daher eine große finanzielle Herausforderung dar.

Um den Erhalt des Hefts sicherzustellen, hat sich deshalb der *Stichwort BAYER*-Förderkreis (<http://www.cbgnetwork.de/4026.html>) gebildet. In ihm haben sich AbonnentInnen des Heftes sowie Mitglieder der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* zusammengefunden, weil sie um die Bedeutung und die Schwierigkeiten von SWB wissen. Sie steuern Jahr für Jahr einen erheblichen Betrag zur Deckung der Kosten bei.

Durch neue FörderInnen den Rücken gestärkt zu bekommen, wäre auch für die Redaktion das schönste Geburtstagsgeschenk zum 30-jährigen Jubiläum.

“Antispeziesismus“

Die Broschüre von Mattias Rude “Antispeziesismus“ ist ein Lichtblick und eine Bereicherung linker Transformationstheorie und eine begrüßenswerte Ergänzung der verdienstvollen Arbeiten von Götz Brandt und Hans Thie um einen bisher vernachlässigten, aber unverzichtbaren Aspekt.

Dennoch gelangt auch diese Arbeit letztlich nicht über eine anthropozentrisch geprägte Weltsicht hinaus. In den Arbeiten von Brandt und Thie verharrt der Blick gebannt auf der drohenden Vielfachkatastrophe unserer Umwelt. Das reicht aber nicht aus, um den zumindest zivilisatorischen Untergang des Homo sapiens zu analysieren.

Allen diesen Arbeiten ist die einseitige Fokussierung auf die anthropogene, systembedingte Zerstörung unserer Umwelt gemeinsam. Das behindert aber zwangsläufig das Erkenntnis theoretisch unverzichtbare Vordringen in die synökologische Sicht des planetarischen Ökosystems, in dem die menschliche Spezies ihrerseits Umwelt für alle anderen Biozöten und das Abiozön ist. Wenn es uns nicht gelingt, diese anthropozentrische Sichtweise abzulegen, werden wir die Gesetzmäßigkeiten nicht erkennen, die uns und den nachfolgenden Generationen das planetarische Ökosystem dauerhaft erhalten können.

Die Schäden, die vor allem das profitorientierte destruktiv hegemoniale Vernutzungssystem z.T. irreversibel anrichtet, zerstören in erschreckendem Maße und einer nie gekannten Schnelligkeit das planetare Ökosystem, dessen untrennbarer Teil wir sind. Deshalb muss die menschliche Spezies (das ohnehin potentiell dominierende Element) sich zu einer nicht hegemonialen, synökologisch orientierten Biozöten entwickeln, wenn ihr Überleben und das aller anderen Lebensgemeinschaften dauerhaft gesichert sein soll.

Für DIE LINKE ist daher eine programmatische Ausrichtung unverzichtbar, die nicht nur eine herrschaftsfreie Gesellschaft, sondern letztlich ein herrschaftsfreies Ökosystem zum Ziele hat. Die klassenlose Gesellschaft ist auf

diesem Wege lediglich eine Etappe, aber eine unabdingbare Voraussetzung. Denn nur sie wird in der Lage und der Garant sein, naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten uneigennützig und solidarisch im erweiterten Sinne zum Wohle des planetaren Ökosystems zu beachten. So erfordert u.a. dessen räumliche, inhaltliche und zeitliche Endlichkeit auch eine zahlenmäßige Beschränkung mancher Biozöten, um das gestörte ökologische Gleichgewicht wiederherzustellen und zu bewahren. Diese Beschränkung dürfte aber nicht in einer Generation zu erreichen sein, was umso mehr das Gebot der Eile gerechtfertigt erscheinen lässt, das profitorientierte Destruktionssystem der freien Marktwirtschaft baldmöglichst abzulösen.

Eine solche programmatische Vision dürfte derzeit aber noch am ehesten von den amerikanischen Marxisten um J.B. Foster zu erwarten sein. Nach dem erkenntnistheoretisch bahnbrechenden Durchbruch seiner Arbeit „Der ökologische Bruch“ wird er hoffentlich mit dem für März angekündigten Werk „Die ökologische Revolution“ endlich die lang ersehnte Anleitung zum Handeln vorlegen.

So richtig und wichtig manch sozialpolitische Tagesforderung DER LINKEN sein mag, ist das Gebot der Stunde doch eine synökosozialistische Überlebensstrategie und muss endlich ihr Hauptanliegen sein, wenn sie nicht hinter Marx zurückfallen will. Die Alternative ist die Vielfachkatastrophe, der niemand entgehen wird!!

Daher wird auch eine klassenlos strukturierte Gesellschaft im ureigensten Überlebensinteresse sich von einer hegemonialen Sicht- und Handlungsweise verabschieden und begreifen müssen, dass sie ihre Umwelt auf Dauer nur folgenlos nutzen kann, wenn sie den synökologischen Gesetzmäßigkeiten unseres planetaren Ökosystems konsequente Beachtung schenkt.

Friedhelm Knipping-Petri

„Antispeziesismus. Die Befreiung von Mensch und Tier in der Tierrechtsbewegung und der Linken“; ISBN 3-89657-670-4 10,00 €

Impressum

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de **Internet:** www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen) Redaktionsschluss: 15.2.2014

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.5.2014

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BIC: BEVODEBBXXX, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00, Verwendungszweck Ökologische Plattform

Autorenangaben

Johanna Scheringer-Wright und Gesine Franke sind Delegierte der Ökologischen Plattform zum Bundesparteitag.

Norbert Wilke ist Sprecher der LAG Umwelt der Partei DIE LINKE Brandenburg.

Ingrid Bäumler ist Gründungsmitglied der Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer DK1 Deponie in Strohn in der Vulkaneifel.

Uschi Kappeler ist Sprecherin des Kreisverbandes und Vertreterin der AG Ökologische Plattform

Manfred Reese ist Ratsherr DER LINKEN im Stadtrat Gütersloh

Katrin Werner ist Bundestagsabgeordnete DER LINKEN aus Rheinland-Pfalz.

Ulrich Clauder ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Dr. Eva Lehmann ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Marko Ferst ist Mitbegründer der Ökologischen Plattform. Er veröffentlichte den Band „Wege zur ökologischen Zeitenwende“ (mit Franz Alt und Rudolf Bahro), „Täuschungsmanöver Atomausstieg“ und zuletzt den Gedichtband „Republik der Falschspieler“

Ercan Ayboğa ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Sabine Wils ist MdEP, DIE LINKE im Europaparlament, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und Stellvertreterin im Verkehrsausschuss, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, Mitglied im BundessprecherInnenrat der AG betrieb&gewerkschaft.

Franz Garnreiter ist Publizist und Analyst des Instituts für sozial-ökologische. Wirtschaftsforschung.

Friedhelm Knipping-Petri ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Bildnachweis

Titelbild: Naturkunde für Kinder; Foto: Müller

S. 6: Kurt Kretschmann

S. 9: Pfeiler der Moseltalbrücke, Autor: Ch. Beck

S. 10: Arche-metropolis-tempelhoferfeld; Foto: Britta79

S. 16: Tagebau Reichwalde; Foto: Julian Nitzsche

S. 17+19: Bagdad; Foto Ercan Ayboğa

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder http://www.oekologische-plattform.de

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin,
www.oekologische-plattform.de oder
oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de
Mailverteiler (Newsletter):
Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112 Chemnitz,
ts_09112@web.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und
Klimaschutz),
Tel. 030 22772485, Fax 030 22776485
eva.bulling-schroeter.@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel.
030 22772636, Fax 030 227-76638,
ralph.lenkert@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760
Ostfildern, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841
3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111
Berlin, Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam
01520 2875749 norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG
Umwelt)
Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, Sprecherin für Umwelt- und
Abwasserpolitik), Alter Markt 1, 14467 Potsdam,
carolin.steinmetzer@linksfraktion-brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,
28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt),
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg,
dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
hajo.zeller@die-linke-marburg.de
Tel. 06421163873
Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-,
Verkehr- und Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin,
m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)
info@die-linke-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6,
31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover,
rolf.koehne@arcor.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster,
Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler,
marion-morassi@t-online.de
Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Enschede (MdL, umwelt-, energie-, sport-,
verkehr- und wohnungsbaupolitische Sprecherin)
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken
dagmar.enschede@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel.
035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207
Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE –
ÖPF SA)

Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de
Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
jana.pinka@slt.sachsen.de

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz),
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SN)
Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik),
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,
angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104
Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe,
silke.mahrt@web.de

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen,
MdL, Agrar- und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de,
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000
Maik Eisfeld maik_eisfeld65@yahoo.de
Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,
kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
politik@nd-online.de

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147,
www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Tarantel

Nr. 64 März I/2014

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
In eigener Sache.....	3
Einladung zum Bundestreffen der Ökologischen Plattform 2014.....	3
„Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch“.....	4
Bericht vom Koordinierungsrat.....	5
Aus den Ländern.....	6
Kurt Kretschmann zum 100. Geburtstag.....	6
Deponie im Naturschutzgebiet.....	7
Rot-Grüner Entwurf zum Landesentwicklungsplan ist unzureichend!.....	8
Maulkorb für Chef-Geologen - Was darf die Öffentlichkeit erfahren?.....	9
Internationale Gartenschau in Berlin 2017.....	10
Gedicht.....	12
Gaia, du wunderbare.....	12
Gesellschaftsperspektive.....	14
Weichen für das Jahrhundert der Ökologie stellen.....	14
International.....	16
Bericht vom Ersten Irakischen Sozialforum.....	16
Energie.....	21
Erklärung zur EEG Novelle aus Mecklenburg-Vorpommern.....	21
Atomtransporte durch Hamburg.....	22
Vorwort zur Studie zum EURATOM-Vertrag von Patricia Lorenz.....	24
Subventionierung der Größtverbraucher-Strompreise und internationale Konkurrenzfähigkeit	25
Chemie.....	28
Jubiläum: 30 Jahre „Stichwort BAYER“.....	28
Bücherecke.....	29
„Antispeziesismus“.....	29
Impressum.....	30
Autorenangaben.....	30
Bildnachweis.....	30